

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlebnis monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig, M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungspag. 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zeitungspag. 10. Tel. 25261.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterstützung werden die Gesetzteile mit 90 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssbezüge 25 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im vorraus zu begleichen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 203.

Dresden, Dienstag den 2. September 1913.

24. Jahrg.

Die Militärverwaltung nimmt den Reichstag beschlossen zu, die sich auf Reisen von Angehörigen erkannter Soldaten und Transport verlorenen Soldaten beziehen.

Die preußische Regierung plant den Ankauf von Radium und Mesothorium.

Der Deutscher Konsul in Paris John Warner wurde auf einer Forschungsreise von Papuas getötet und aufgefressen.

Die chinesischen Regierungstruppen nahmen Manching ein.

Die Mauerung des Anarchismus.

Von unserem Korrespondenten.

gr. Paris, 31. August.

Vor einigen Tagen fand in Paris der erste nationale anarchistische Kongress statt. Ein ungewöhnliches Ereignis! Warum? — wäre zu fragen. Da die Abhaltung von Kongressen nicht eine Selbstverständlichkeit für alle politischen Parteien, für sämtliche Wissenschaftsgruppen, die einen gemeinsamen Zweck verfolgen. Gewiss, mit einer einzigen Ausnahme, die gerade die Anarchisten betrifft. Die Anarchie hat das Prinzip der absoluten individuellen Freiheit, ebenso wie es das klassische dogmatische Bürgertum getan hat, zur Grundlage ihrer Auffassung und Tätigkeit gemacht. Die Anarchisten, die ihren Prinzipien treu bleiben, scheuten vor jeder festen und geregelten Organisation wie vor dem Teufel. Sie wollen keine Partei, sondern eine geistige Gemeinschaft bilden. Es ist das Gehorlassen — laissez faire, laissez passer — der bürgerlichen klassischen Dekonomie ins Soziale übergegangen. Und schlecht übergegangen! Wer aber sagt, muß auch sagen. Wer seine Partei aufzählt, kann auch seine Kongresse aufzählen, die dem Gesamtwillen der Partei einen regelmäßigen Ausdruck verschaffen.

Nach langem Schwanken entschlossen sich die Anarchisten, zu einem Kongress in Paris zusammen zu treffen. Da man um Gotteswillen nicht wie die politischen Parteien handeln durfte, so gab es keine Mandate und keine Mandatsprüfungskommission. Dafür aber sollte sich jeder Kompagnon vor dem Kongress an eine „Gruppe“ — bei Gott sagen sie nicht Kommission —, die sich selbst gewählt hat, wenden, um sein Recht auf Teilnahme am Kongress zu befunden. Ob es „Delegierte“ oder selbstgewählte Kompagnons waren, lassen wir dahingestellt, da jede Möglichkeit der Kontrolle für den nicht Eingeweihten mangelt.

Hebrigens hat bisher der Anarchismus den Gedanken der Delegation verworfen. Jedes Individuum besitzt eine unveräußerliche Selbstherrlichkeit und kann lediglich für sich sprechen und handeln. Wenn man diesem konsequent anarchistischen Gedanken treu bleiben wollte, so könnte überhaupt keine Rede von einem anarchistischen Kongresse sein. Man opferte „das Prinzip“...

Über die Wirklichkeit und der gehende Menschenverstand sind wie der böse Höllengeist. Wer ihnen einen Fänger reicht, ist gezwungen, die ganze Hand auszuliefern. Es tauchte die Frage auf, ob man zum Kongress alle Anarchisten zulassen dürfe. Das böse Gewissen des Anarchismus trat in der Person der Individualisten und „Illegalisten“, die das „Freiheitsprinzip“ mit einem tragischen Ernst auffaßten und die ihre „Individualität“ als „Banditen“ ausleben ließen, plötzlich auf die Bühne und verlangte die Zulassung zum Kongress. Das Banditentum hat mit Vomont, Garnier, Caron u. a. eine allzu traurige Verhältnis in Frankreich erworben und drohte, den Anarchismus in Städten von Blut und Tod verlinken zu lassen. Die Anarchisten sind zwar schlechte Musikanter, aber meistens keine schlechten Leute. Sie wollten mit ihren legitimen, zu weit gehenden Kindern nichts gemein haben. Die Automobillbanditen haben sich als die schlimmsten Egoisten und Verbrecher erwiesen. Und eine der Hauptursachen der Organisation des anarchistischen Kongresses bestand eben darin, das Ustschluß zwischen Anarchismus und Individualismus endgültig zu verschließen; die Anarchie von der blutigen Blamage des Banditentums zu retten.

Das „Prinzip“ der absoluten Freiheit mußte auf neue vergewaltigt werden. Man kündigte unter ungemeindeten Drohungen vor dem Kongress den Ausschluß der Individualisten an. Da die Individualisten gute Schüler des Anarchismus sind und keine „Geiste“ anerkennen wollen, so fanden sie trotzdem auf den Kongress. Nach einer lärmigen Sitzung prügelte man sie teilweise heraus. Damit erklärte ihr „Führer“ Mauricius, das Feld „freiwillig“ räumen zu wollen, da er die Anarchie nicht blamieren wolle...

Die Individualisten verließen, wie gesagt, den anarchistischen Kongress, aber sie taten es unter lautem Protesten. Sie beschuldigten ihre feindlichen Brüder der „Inbildungsmoral“, der Herrschaftsucht“, der „Selbstzerrei“... Es waren dieselben Beschuldigungen und Beschimpfungen, die die Herren Anarchisten den Sozialdemokraten ins Gesicht schleuderten, als die Internationale Kongresse in Zürich und in London sich gezwungen sahen, die Anarchisten von ihren Kongressen auszuschließen. Es gibt aber einen größeren Unterschied zwischen Anarchismus

und Sozialismus als zwischen Anarchismus und Individualismus; die beiden letzteren führen auf denselben mißverstandenen Prinzip der individuellen Freiheit. Und so kommen und durften sich die Individualisten mit Recht beklagen, daß die konsequentesten Anarchisten vom anarchistischen Kongress entfernt wurden.

Die Hauptarbeit des Kongresses verunsicherte das Verhalten der Anarchisten zum Syndikalismus. Alles maniert sich gegenwärtig in Frankreich: Herze, der Anarchismus, der Syndikalismus. Der letztere verzichtet endlich darauf, sich als Kanonenfutter für übermenschliche anarchistische Experimente herzugeben. Er will vernünftig und selbstständig handeln. Da die Anarchisten in der Arbeiterschaft eine führende Rolle spielen, so kam ihnen dieser Frontwechsel der ehemaligen Anarchisten als empörender Berrat vor. Sie schrien laut auf.

Die Lage war schwierig. Man stand vor der bangen Wahl: gegen, mit oder in der C. G. T. (Arbeits-Konföderation). Gegen die C. G. T. heißtt gegen die Arbeiterklasse, ohne welche die Anarchie gleich Null ist, marschieren; mit der C. G. T. hieße dem Verderben entgegengehen. Man beschloß also, in der C. G. T. zu bleiben und für die Anarchie weiter zu wirken. Als Mittel gegen die Versumpfung der C. G. T. empfahl man, die „Permanenz“ der gewerkschaftlichen Kämmer zu bekämpfen; es sollen aller zwei Jahre neue Gewerkschaftsbeamte gewählt werden.

Diese „Reform“ wird auf starken Widerstand stoßen — sogar bei den gewerkschaftlich organisierten Anarchisten. Noch, der zum Glück der Anarchisten im Gefüge steht und der eine spielerische Junge hat, hätte seinen Kameraden schon den Standpunkt klar gemacht.

Der innere Widerspruch des Anarchismus, der die absolute Freiheit will, aber nicht erreichen kann, zeigte sich auch in dieser Hauptfrage. Es wurden Stimmen laut, die dem Anarchismus als einer „geistigen Gemeinschaft“ überhaupt das Recht bestritten, sich in die Organisationsangelegenheiten der C. G. T. einzumischen. Andrerseits aber wissen die Anarchisten, daß sie ohne die C. G. T. überhaupt kaum eine ernste Existenz beanspruchen dürfen. Dabei die Tragik ihrer Lage. Die C. G. T. schreibt sie allmählich ab. Die Anarchisten aber außerstande. Gleiches mit Gleichen zu vergleichen. Die C. G. T. kann und wird ohne Anarchisten auskommen. Die Anarchie aber kann ohne die C. G. T. nicht leben.

Nun kam man zur „Abstimmung“! Ein neues, großes und schwieriges Problem! Kann und darf ein Anarchist „stimmen“, zum ordentlichen „Stimmbereich“ herabsteigen? Wieder fiel das Prinzip, das anarchistische Prinzip der Praxis zum Opfer. Man stimmte, aber auf anarchistische Weise! Man nannte das Stimmen zustimmen. Man stimmte wie bei den gewöhnlichen Stichwahlen mit ja und nein. Dafür sagte man „reserviert“ statt: Ich enthalte mich.

Trotz dieser ungewöhnlichen Aenderung erklärten sich die bedeutendsten Theoretiker gegen die neu geschaffene anarchistische Organisation, die den Namen trägt Fédération anarchiste communiste révolutionnaire de la langue française — „Anarchistisch-kommunistisch-revolutionäre Föderation der französischen Jungen“. Die Theoretiker stützen mit Recht für die Hand, die zum Säudium des Leuels dem Finger folgt.

Die „Anarchie“, das Organ der Individualisten, schimpft auf die „Organisierten“, die sich um Le Libertaire gruppieren, gewaltig fort. Gewiß gibt es viele aufrichtige, sympathische und revolutionäre Leute unter den Anarchisten. Ihre Prinzipien aber führen zum Bankrott, wenn sie die Mutter Erde der Wirklichkeit berühren; sie führen entweder zum individualistischen Banditentum oder zur Kongress- und Organisationshilflosigkeit.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände haben sich von 72 086 957 M. (1911) auf 80 233 575 M. erhöht, während die Gesamtausgaben von 60 025 080 M. auf 61 105 675 M. wuchsen. Die Vermögensbestände erhöhten sich von 52 105 821 M. auf 80 797 786 M. Auf den Kopf der Mitglieder betragen die Einnahmen 31,71 M. (1911: 31,06 M.), die Ausgaben 24,15 M. (1911: 25,86 M.) und die Vermögensbestände 31,93 M. (1911: 26,76 M.).

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände weisen folgende Posten auf:

	M.
Eintrittsgelder	470 057
Verbandsbeiträge	64 582 051
Öffentliche Beiträge	9 138 215
Extrabeiträge	1 187 262
Streitbeiträge in Streitorten	146 418
Zinsen	1 705 515
Sonstige Einnahmen	8 104 067
Insgesamt	80 233 575

Die durchschnittlichen Einnahmen der Verbände pro Kopf der Mitglieder betragen 31,71 M.; sie gehen auf 14,04 M. bei den Handlungsgehilfen herab, denen die Blumenarbeiter mit 15,61 M. am nächsten stehen, und gehen hinauf auf 58,47 M. bei den Buchdruckern, 64,19 M. bei den Notenschaltern und 64,26 M. bei den Lithographen und Steindruckern.

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 61 105 675 M. sind die folgenden Posten besonders hervorzuheben:

Organisationen	M.
Reiseunterstützung	35 1 179 102
Umgangunterstützung	34 405 403
Arbeitslosenunterstützung	45 7 741 240
Arbeitsunfähigen-(Kranken)-Unterstützung	46 11 436 326
Arbeitslosenunterstützung	8 528 680
Beihilfe in Sterbehälften	45 1 178 310
Beihilfe in Notfällen	44 515 846
Streit im Beruf	43 12 047 726
Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen	19 195 834
Streit in anderen Berufen und Ausland	46 437 457
Zentrale und lokale Tarifinstanzen	14 65 639
Rechtschutz	48 392 697
Gemahregeltenunterstützung	43 1 070 752
Verbandsorgan	49 2 604 411
Sonstige Zeitungen	27 92 256
Bibliotheken	34 322 913
Unterrichtskurze	20 56 090
Statistiken	15 145 232
Agitation	48 2 841 814
Druckschriften, Broschüren usw.	45 865 388
Stellenvermittlung	20 132 065
Konferenzen und Generalversammlungen	46 500 962
Sonstige Zwecke	49 2 827 970
Beitrag an die Generalkommission	48 274 654
Beitrag zu internationalen Verbündungen	29 67 773
Beitrag an Karteile und Sekretariate	44 1 457 280
Prozeßkosten	13 87 838
Verwaltungskosten (der Hauptkasse) persönliche	50 1 152 520
Verwaltungsmaterial	49 720 669
Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gau	47 9 742 419

Von diesen Ausgaben entfielen also (im Vergleich zu denen vom Jahre 1911) auf

1911	1912
2889 203	3220 911
38 677 342	37 184 412

Agitation, Stellenvermittlung, Generalversammlungen und Verbündungen 7894 890 9 064 744

Verwaltungskosten 10 563 643 11 625 608

Die durchschnittlichen Ausgaben aller Verbände, pro Kopf der Mitglieder berechnet, betragen 24,15 M. Sie gehen auf 34,24 M. herauf bei den Lithographen und Steindruckern, wo sie die durchschnittlichen Einnahmen um 29,98 M. übersteigen, und gehen auf 10,96 M. zurück bei den Blumenarbeiten. Von den Ausgaben der Lithographen entfallen allein 82,74 M. auf Unterstützungszeuge, davon 49,80 M. auf Streitunterstützung. Den größten Aufwand für Bildungszwecke mit 4,11 haben die Bildhauer.

Die gesamten Verbände vermögen, betrugen 80 797 786 M., von denen 62 934 781 M. in den Hauptkassen verblieben. Im Durchschnitt entfällt auf jedes Gewerkschaftsmitglied ein Vermögensanteil von 31,93 M. (gegen 26,76 im Vorjahr). Bei den einzelnen Verbänden schwankt dieser durchschnittliche Vermögensanteil zwischen 228,12 M. bei den Rotenfestschern, denen die Buchdrucker mit 151,79 M. zunächst kommen, und 2,94 M. bei den Tabakarbeitern, nach denen die Handlungsgehilfen mit 2,61 M. rangieren.

Eigene Verbandsorgane halten 48 Zentralverbände, von denen 47 auf Kosten des Verbandes gratis geliefert werden und 1 im Abonnement bezogen wird. Die Gesamtausgabe aller Gewerkschaftsorgane beträgt 2 664 700. Daneben bestehen noch 7 Fachzeitschriften sowie das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, der Operario Italiano und die Osservatore für die Mitglieder italienischer und polnischer Jungen. Von den Gewerkschaftsblättern erscheinen 1 dreimal in der Woche, 33 wöchentlich, 7 alle 2 Wochen und 7 monatlich.

Der Rückgang der Ausgaben für Unterstützungszwecke erklärt sich vor allem aus dem vermindernden Aufwand im Berichtsjahr für Streitunterstützung. Fast 5 Millionen M. wurden gegenüber dem Vorjahr und mehr als 7 Millionen M. gegenüber dem Jahre 1910 an Streitunterstützungen erpaßt. Wenn es auch im Berichtsjahr an Kämpfen nicht gefehlt hat und besonders im Bergbau ein recht umfangreicher Kampf entbrannte war, so fehle es doch an so langdauernden Kämpfen wie in den Vorjahren, die große Unterstützungssummen verschlangen.

Es wurden an Unterstützungen gezahlt:

1910	1911	1912
1 015 984	1 028 431	1 179 102
316 452	366 968	405 403
6 075 522	6 340 544	7 741 240
9 028 693	10 266 730	11 436 326
884 012	1 045 956	1 178 310
548 567	470 048	515 846
809 738	895 519	1 070 752

Summa: 18 678 968 20 414 098 23 526 979

Dagegen wurden für Streitunterstützung verausgabt:

1910: 19 803 605 1911: 17 930 328 1912: 12 485 183 M.

Die Ausgaben für Streifunterstützung betrugen im Berichtsjahr nur wenig mehr als die Hälfte der Ausgaben für die übrigen Unterstützungsweise. In den 22 Jahren seit 1891 brachten die Zentralverbände 165,6 Millionen Mark für friedliche Unterstützungsweise und 121,5 Millionen Mark für Streifunterstützung auf. Von den ersten Unterstützungsausgaben entfielen seit 1891 auf:

Arbeitslose	54 270 191 M.
Reisende	13 610 978
Kranke	66 786 450
Umwand, Not- und Sterbefälle	14 285 257
Gemahrgelder	9 414 121
Zumalide	4 615 831
Reditschutz	3 577 425

Einige besondere Beachtung verdienen die Ausgaben der deutschen Zentralverbände für die Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder. Im Berichtsjahr waren alle Mitglieder der Gewerkschaften teils für Arbeitslosigkeit am Orte, teils für soziale Not oder für beides verantwortlich. Die Aufwendungen für diese Unterstützungen erreichten im Jahre 1912: 8920342 M. gegenüber 7368975 M. im Jahre 1911, 7091500 M. im Jahre 1910 und 7201351 M. im Jahre 1909. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder etwa 68 Millionen Mark aufgewandt. Sie haben damit für alle Zeit ihre Priorität auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und zugleich ihren Anpruch begründet, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie als grundlegende Organisation anerkannt zu werden. Solohl nunmehr auch die größten Organisationen des Pensionsvertrags dazu übergehen werden, ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit am Ort zu unterstützen, dürfte der Einstand, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung nur einem kleinen Teil der Arbeitslosen und dabei noch nicht einmal den am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffenen zugute kommt, bald entstehen sein, denn es steht jedem Arbeiter der Eintritt in die gewerkschaftlichen Zentralverbände frei und man möchte es sogar von einem jeden als seine berufliche Pflicht verlangen, daß er sie der Wirkung bei der Aufrechterhaltung des beruflichen Standard of Life nicht entziehe und zur Unterstützung seiner Kollegen beitrage. Die Gewerkschaften aber, die schon seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten keine Pensionsleistungen haben, die Arbeitslosen zu unterstützen und die in ihrer Organisation das System der Sicherung geschaffen und lebensfähig erwiedert haben, das sich seither nicht bloß als das beste, sondern selbst als das einzige brauchbare bewährt hat, dürfen von Reich, Staat und Gemeinden verlangen, daß diese sie für ihre im gemeinnützigen Interesse gemachten hohen Aufwendungen schadlos halten und ihr wenigstens einen Teil der für Arbeitslosenunterstützung verausgabten Summen zurückvergütet. Das Genter System bezeichnet den Weg, auf dem diese Zurückvergütung am einfachsten zu regeln wäre, und gerade jetzt, angefischt der drohenden Zeiten einer neuen Arbeitslosigkeitsperiode, ist es an der Zeit, daß mit der Einführung des Genter Systems der Arbeitslosenversicherung endlich Ernst gemacht wird, denn die Gewerkschaftskassen sind allein nicht imstande, allen den an sie herantretenden Anforderungen der Massenarbeitslosigkeit genügen zu können.

Deutsches Reich.

Kleine Reformen in der Armee.

Die Militärverwaltung hat einigen Beschlüssen, die der Reichstag bei Beratung der Militärvorlage führte, Rechnung getragen. Das Armee-Verordnungsblatt seit mit, daß vom 1. Oktober d. J. an die Kosten der Förderung der in Friedenszeiten während der aktiven Dienstzeit oder während einer Übung verstorbene Unteroffiziere oder Mannschaften zur Beerdigung in der Heimat von dem Militärfiskus getragen werden. Von dem gleichen Zeitpunkt an kann den Eltern und nächsten Angehörigen, die zum Besuch eines schwer erkrankten, zur Familie gehörigen Soldaten oder Unteroffiziers nach der Garnison reisen, im Falle der Bedürftigkeit eine Reiseförderung in Höhe der wirklich entstandenen Eisenbahnbefahrens dritter oder vierter Klasse gewährt werden. Als Einschränkung ist dabei vorgesehen, daß die Reise auf Grund der schriftlichen oder telegraphischen Mitteilung des Garnisonlazaretts über die lebensgefährliche Erkrankung des Familienangehörigen ausgeführt wird.

Radium und Mesothorium.

Das preußische Gesamtministerium hat sich entschlossen, 800 000 Mark zum Ankauf von Radium und Mesothorium in den nächstjährigen Etat einzustellen. Die eigentlich ganz selbstverständliche Forderung wird damit begründet, daß von den verschiedenen Universitätskliniken Preußens Anforderungen an das Ministerium gestellt worden sind. Eine höhere Summe einzusehen, schien nicht angebracht, weil die Nachfrage nach den beiden Mitteln eine so gewaltige sei, daß sie auf lange Zeit hinaus überhaupt nicht befriedigt werden könnte.

Die "bewährte Wirtschaftspolitik".

Der soeben erschienene Bericht der Stuttgarter Handelskammer erbringt neue Beweise für die Vererblichkeit der herrschenden Haubold- und Golpolditik. Wir greifen nur einige Beispiele heraus. Chemische Industrie: „Die Angen über die unüberwindlichen Goldlager Österreichs und Russlands wieder, und hierzu kommen Beschwerden über neuere Probiengänge einiger österreichischer Länder.“ „Schwierig, ja fast unmöglich wurde infolge des hohen Prohibitivzolls der Abzug aus Österreich auf dem österreichischen Markt.“ Industrie der Steine und Erdöl: „Der Absatz der Bergbauindustrie leidet außerordentlich unter den hohen Einfuhrzöllen Österreichs und der Schweiz.“ Industrie seiner Holzwaren: „Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten verschlechterte sich unter der nachteiligen Wirkung des übermäßig hohen Wertzolls.“ „Das Geschäft nach der Schweiz ist der hohen Einfuhrzölle wegen fast aufgegeben.“ Die Pianofabrikation fordert nachdrücklich, daß beim Abschluß neuer Handelsverträge mehr als bisher ihre Interessen vertreten und ist eine größere Bewegungsfreiheit im Ausland gesichert werde.“ „Im Ozeanbau ist der Geschäftsaufschluß nach Ländern mit ungewöhnlich hohen Zöllen schwierig, wie Spanien und den Vereinigten Staaten, noch nie vor sehr schwierig.“ Das Auslandsgeldholt in den Fabrikaten der Wollindustrie ist durch die hohen Zölle der Hauptfabrikäder erheblich erschwert und wenig ausdehnungsfähig.“ Konfektionsindustrie: „Die Absatzschwierigkeiten sind um so fühlbarer, als auch die Ausfuhr durch die ungünstigen Handelsverträge gehemmt wird.“ Maschinenfabrikation: „Nach wie vor tritt die durch hohe

Hölle vor Konkurrenz geschüchte Industrie der Vereinigten Staaten nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch in Deutschland selbst als starkes Wettbewerberin auf.“ Eisenkonstruktion: „Das Auslandsgeschäft ist durch die hohen Zölle der im Betriebe befindlichen Abholänder beeinträchtigt und bewegt sich dementsprechend in mäßigen Breitengraden.“ Massenschranken: „Eine Reihe von Ländern kommt wegen der Ungunst der Handelsverträge, aber die schon wiederholt in der Branche geloggte wurde, für die Ausfuhr überzeugt nicht mehr in Betracht.“

Die Proben genügen, um zu zeigen, wohin die „bewährte“ Wirtschaftspolitik führt. Angeblich sollte die einheimische Industrie durch die deutsche Polspolitik gefördert werden. In Wahrheit ist durch sie das Ausland zur schwächeren Abwertung seiner Preisen gegen die deutschen Industrieprodukte gezwungen worden, es hat seine eigene Industrie gepflegt und gestärkt, und die Folgen kommt nun die deutsche Industrie zu spüren.

Eine Bankrotterklärung des Strafrechts.

Die Internationale kriministische Vereinigung, die in Kopenhagen ihre Beratungen abhält, beschäftigte sich in ausführlicher Weise mit dem brennendsten Problem der modernen Kriminalistik, der Frage der „Gemeingefährlichkeit“. Das Ergebnis war, um es kurz vorwegzunehmen, eine Bankrotterklärung des Strafrechts vor dem Verbrechen und ein neuer Beweis für die ohnehin nicht zu bezweifelnde Tatsache, daß die heutige Gesellschaft der unbewußten Erscheinung des Gewohnheitsverbrechertums ratlos gegenübersteht.

Die in Kopenhagen vereinigten Vertreter der Strafrechtslehre haben sich ziemlich übereinstimmend für das System der sogenannten „Sicherungsmaßnahmen“ erklärt, das ja auch im neuen deutschen Strafgesetzbuch eine Stütze gefunden hat. Danach soll ein mehrfach rückfälliger Verbrecher bei Begehung einer neuen Straftat nicht nur zu einer bestimmten Freiheitsstrafe verurteilt, sondern auch darüber hinaus zur Sicherung der Gefährlichkeit vor neuen Nebelaten in Haft gehalten werden können. Die Diskussion, die sich über das Referat des Professors Rabotov-Petersburg entwickelte, drehte sich weniger um das Prinzip selbst, als um die Frage seiner Ausgestaltung, um die Voraussetzungen seiner Anwendung und die Dauer der Sicherungshaft.

Damit ist ausgeprochen, was ohnehin selbstverständlich ist, daß nämlich die Strafe weder in Stande ist, den Verbrecher zu bessern noch neue Verbrechen zu verhindern. Vor dem Müßiggang ist die Gesellschaft nur so lange sicher, als er von ihr abgesondert ist, in dem Maße, in dem er keine Bewegungsfreiheit widererlangt hat, wieder „auf sie losgelassen“ ist, bildet er für sie eine neue Gefahr, ja noch eine größere Gefahr als zuvor.

Es gibt aber, wie die Dinge nun einmal liegen, zweifellos eine große Anzahl von Personen, die immer wieder dem Strafrecht versagen, und von denen man weiß, daß ihre Entlassung für sie nichts weiter als die Freiheit — oder vielleicht richtiger — den Zwang zu neuen Verbrechen bedeutet. Was mit ihnen anfangen?

Die Sicherungshaft, die man für sie vorschlägt, steht doch in einem unlöslichen Widerspruch zur Strafhaft, zu der man zunächst verurteilt. Entweder man geht von dem Gedanken aus, daß diese Individuen Herren ihres eigenen Schicksals sind und daß es ihnen freisteht, Verbrechen zu begehen oder zu unterlassen, dann hat die Sicherungshaft keinen Sinn, dann genügt die Strafe. Oder man ist der Ansicht, daß diese Leute der Willensfreiheit entbehren, daß sie Verbrechen begehen, weil sie Verbrechen begehen müssen, dann verliert die Strafe jeden Zweck und Sinn, wird sie zum Unsinne und zur Ungerechtigkeit.

Solche Personen dürfen danach gar nicht bestraft werden, sondern man müßte versuchen, sie so zu erziehen, daß sie aufhören, gefährlich zu sein, und nur im Falle der Unheilbarkeit würde eine in menschlichsten Formen sich vollziehende dauernde Absperrung zu rechtfertigen sein. Will man aber die Verbrecher zu ordentlichen Mitgliedern der Gesellschaft erziehen, so liegt schon der Gedanke nahe, daß die Erziehung nicht erst nach dem fünften, dem zweiten oder auch nur dem ersten Verbrechen zu beginnen hat, sondern schon vor ihm. Die Verhütung ist richtig und erfolgsversprechender als die Heilung, die Hygiene ist wichtiger als die Therapie.

Wie es aber damit behaftet ist, darüber sind kaum längere Ausführungen nötig. Die Gesellschaft verbürtet ja nicht die Entstehung des Verbrechertums, sie schafft es erst durch die misslichen sozialen Verhältnisse, unter denen sie die Jugend heranwachsen läßt, durch den Mangel an Bildung, die sie ihr vermittelt, durch die Verlureungen der Not, denen sie die Erwachsenen ausgesetzt. Wir leben in einer Zeit der Lebensmittelsteuerung und der Arbeitslosigkeit, und der Kriminalstatistik weiß, daß eine solche Zeit ganz automatisch ein Anschwellen der Verbrecherräffern zur Folge hat. Man hat in Kopenhagen nicht daran gedacht, daß die Gesellschaft gerade in dem Augenblick neue Scharen von Gemeingefährlichen schafft.

Heute wird ein junger Arbeitsloser, der sich den Einflüssen schlechter Gesellschaft nicht erziehen kann, zum erstenmal zum Verbrecher. In ein paar Jahren kommt er aus dem Gefängnis heraus, an Willenskraft geschwächt, als Vorbestrafter beim Suchen nach neuem Erwerb gehindert. Und hat er das erste mal ein Verbrechen begangen, weil er in einem leichtsinnigen Augenblick wollte, so beginnt er das zweite schon, weil er muss. „Das erste sieht uns frei, beim zweiten sind wir knechte.“ Und aus dem Vorbestraften wird ein „Rückfälliger“, dann die hohe Schule des Buchthouses mit tödlicher Sicherheit zum „Gemeingefährlichen“ erzielt.

Im Reichstag hat die Sozialdemokratie wenigstens erreicht, daß die früheren barbarischen Strafen für Rückfälligkeit erheblich gemildert wurden, und das war eine viel zweckmäßiger Reform als die Einführung der Sicherungshaft. Diese kann man, wie gesagt, nur gelten lassen, wenn sie Erziehungshaft ist (wobei freilich wieder die peinliche Frage entsteht, inwieweit sich die Begriffe Haft und Erziehung verbinden lassen) und wenn der sogenannte Strafzweck völlig beiseite bleibt.

Ob man aber die furchtbare Waffe der Sicherungshaft unter den gegebenen Verhältnissen einführen und der Justiz, wie sie ist, anvertrauen kann? Auf der Tagung der Internationalen kriministischen Vereinigung sagte Professor Stjernberg-Stockholm, in Schweden sei infolge der sozialdemokratischen Agitation die Furcht vor richterlicher Willkür so groß, als daß man sich zur Verhängung der Sicherungshaft entschließen könnte. Dagegen meinte freilich Prof. Töry, deutscher Richter, daß es möglich sei, Sicherungshaft in Rußland zu erlassen, und es ist ein billiger Trost, wenn sie versichert, die Erfolge der glorreichen Zentrumsgouvernements könnten nur deshalb noch nicht in die Erreichung treten, weil die Zeit zu kurz war. Der Rückgang der Zentrumskräfte in den Jahren bei allen Nachwahlen, so in Weilheim und in Landsberg, zeigt aber mit aller Deutlichkeit, wie man selbst in den bisher sichersten Domänen des Zentrums über das Regime Hertling drückt.

Von der amtlichen Arbeiterstatistik.

In diesen Tagen ist ein sehr umfangreiches, soweit wir es bisher feststellen konnten, sehr wertvolles Buch „Gebiete

und Methoden der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Industriezonen“ erschienen. Dieses Buch erscheint als Nr. 12 der Beiträge der Arbeiterstatistik, es ist bearbeitet in der Abteilung für Arbeiterstatistik im Kaiserlichen statistischen Amt. Von großem Interesse für den Politiker ist das kurze und natürlich mit aller Vorsicht, zu der unsere Beamtenstafette erzogen wird, geschriebene Vorwort. Es wird da gesagt, daß die Bearbeitung dieses Werkes

„in Erwartung seines eigenen Personals lediglich mit den jeweils zur Verfügung stehenden und über dies mehrfach wechselnden Kräften erfolgen konnte.“

Dann heißt es weiter, wenig ehrenhaft für das Deutsche Reich:

„Unter diesen Umständen ließ sich die bereits im Jahre 1907 begonnene Arbeit erst im Sommer 1913 abschließen und eine einheitliche Bearbeitung des Stoffes in den verschiedenen Abhandlungen nicht durchweg gewährleisten.“

Diese Entschuldigung klingt wie eine heilige, wenn auch reizvoll gedämpfte Anklage gegen die Vernachlässigung der arbeitsstatistischen Abteilung des Kaiserlichen statistischen Amtes, sie beweist weiteren Rechten das, was sicherlich der sich dafür interessierte, schon wußte, daß in ganz außerordentlicher Weise der Staat für unsere Arbeitsstatistik bestimmt wurde. Eine unglaubliche und aussichtsvolle amtliche Tätigkeit wurde nicht nur hierzulande, sondern auch im Ausland verdeckt. Für die Zukunft haben wir noch weit übrig zu gewöhnen. Dieses Vorwort, das ein Dokument für das Deutschland der militärischen Überfüllung ist, schließt mit folgenden Sätzen:

„Weitere Bände für die Beiträge zur Arbeiterstatistik können nicht in Aussicht gestellt werden, da die der Abteilung für Arbeiterstatistik zur Verfügung stehenden Kräfte durch die laufenden Arbeiten voll in Anspruch genommen werden.“

Die „Beiträge“ der arbeitsstatistischen Abteilung sind eingeholt, seit zwei Jahren ist keine Veröffentlichung auf diesem Gebiete mehr erschienen. Nun werden auch die „Beiträge“ zur Arbeiterstatistik eingestellt, so bleibt von der Tätigkeit der arbeitsstatistischen Abteilung nur noch das „Arbeitsarbeitsblatt“ übrig. Wann wird man auch das eingehen lassen, um für seine Kosten vielleicht alljährlich eine nette Summe mehr unserer Armee zu widmen?

Die amtliche Sozialstatistik scheint man langsam totzuhängen zu wollen, man ist bald damit fertig. Das gehört zu dem Willen der neuesten Entwicklung im Deutschen Reich, in dem nur die militärischen — Kulturaufgaben nicht fehlen.

Kontrollanten und Heeresvermehrung.

Auf einen interessanten Zusammenhang zwischen der neuen Heeresvermehrung und dem bekannten halbmonatlichen Erfolg weist eine „unterrichtete militärische Seite“ im Reichsbote hin, indem sie schreibt:

Die Gründe, die Herrn v. Hallenhain veranlaßten, die Belagerungsfrage so rasch und so energisch wie möglich im Angriff zu nehmen, entspringen zum Teil aus den Verhältnissen, wie sie durch die neue „neue Heeresvermehrung“ geschaffen worden sind! — Das deutsche Offizierkorps ist durch die Gefechtung vom Rückhalt um mehrere tausend Offiziere verlustig geworden. Es wird notwendig sein, für frischen Erfolg in erheblichem Maße Sorge zu tragen, damit wir nicht gezwungen sind, Truppenente aufzustellen, zu denen die nötigen Führer nur durch Abgaben anderer Regimenter befördert werden können. Die unsichere Zukunft des verbleibenden Offiziers war es bisher zum größten Teil, die manchen jungen Mann aus gutem Hause davon abhielt, sich dem Militärdienst zu widmen, und dem Kriegsminister lag es besonders am Herzen, die Bedingungen besser zu gestalten, unter denen es in Zukunft verbleibenden jüngeren Offizieren möglich sein sollte eine neue Laufbahn einzuschlagen... Das Offizierkorps ist in gewaltig in seinem Bestande erhöht worden, daß auch mit einem vermehrten Abgang gerechnet werden muß. In dem neuen Kriegsminister behielt wir einen Herrn von warmem Herzen für die Bedürfnisse jener Kameraden, die unverdutzt aus ihrer Laufbahn herausgerissen wurden, sich aber noch frisch genug fühlten, in anderen Berufen weiterzuarbeiten.

Also die Offiziere, die oft aus recht willkürlichen Gründen aus ihrer Laufbahn scheiden müssen, sollen nicht nur dem Pensionsfonds beladen, sondern auch als Vorbild für den laufmännischen Arbeitsmarkt losgelassen werden. Die Angestellten haben Steuern zu zahlen, damit der Offizier auf Grund seiner Pension sich als billiger Konkurrent anbieten kann.

So steht sich der Zegen der Heeresvermehrung allen Berufen mit und erweist sich als noch viel größer als man gedacht hat.

Freiherr v. Hertling und die Parteidämpe in Bayern.

Zum 70. Geburtstag des bayrischen Ministerpräsidenten lädt sich die Berliner Germania aus München eine widerwärtige Vorrede schreiben. Mit tödenden Worten wird der Zentrumsführer als „Reiter des Vaterlandes“ geprägt:

Der konservative Politiker trat der Art des verstorbenen bairischen Regimes, die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Nur einseitige Parteidämpe nimmt verkehrt, daß in Bayern zuletzt unter dem Regime Bodenlos — und nicht ohne dessen Schuld — der Radikalismus eine erschreckende Höhe, einen beeindruckenden Einfluß erreicht hat; nur blinder Patriotismus kann erkennen, daß die Einheit, es könnte so nicht weitergehen, es müsse der Radikalisation ein Damm vorgebaut werden, die Berufung des Freiheitlichen Hertling veranlaßte. Nach einem Leben, das tödlich war, weil es ein Leben der Mühe und Arbeit war, hat der 68jährige der Krone Opfer gebracht, das größte vielleicht, das er je der Gemeinschaft gebracht hat, die Regierung zu übernehmen; in einem Lande, dessen maßloser Antiklerikalismus die Berufung des gläubigen Katholiken nie verzögern kann, in einem Lande, in dem selbst die konservative Politik notwendig demokratische Formen annehmen muß, um zu leben, in einem Lande, in dem seit vielen Jahrzehnten die Regierung sowohl wie die gesamte höhere Beamtenstafette eine andere politische Auffassung vertrat.“

Sollte man nicht denken, daß in Bayern anarchistische Zustände bestanden haben? Dabei waren Sozialdemokraten und Liberale nur bestrebt, den immer anstrengender auftretenden Klerikalen gewisse Schranken zu legen, die im Interesse einer eingeschränkten Fortentwicklung gezogen werden mußten. Die „willigen Parteidämpe“ haben erst eingesetzt, als ein so ausgesprochen ultramontaner Parteimann, wie Freiherr v. Hertling, die Flügel der Regierung ergriß. Daß das Ministerium Hertling noch keine Erfolge aufweisen kann, muß auch die Germania zu geben, und es ist ein billiger Trost, wenn sie versichert, die Erfolge der glorreichen Zentrumsgouvernements könnten nur deshalb noch nicht in die Erreichung treten, weil die Zeit zu kurz war. Der Rückgang der Zentrumskräfte in den Jahren bei allen Nachwahlen, so in Weilheim und in Landsberg, zeigt aber mit aller Deutlichkeit, wie man selbst in den bisher sichersten Domänen des Zentrums über das Regime Hertling drückt.

Aus m. 2
Halle Jan
der Bachfa
schen die
die Ausliefe
zu erwirken
sozialistische
Väter des Ausliefe
ungsgelehrte
Büro der
Junioren reg
Bürger Dem

Kleine politische Nachrichten. Die vom preußischen Abgeordnetenhaus unterliegt gelassene Novelle zum Einkommensteuergesetz, die eine schärferen Veranlagung der Steuerpflichtigen und die Vereinigung der probitorisch bewilligten Steuerzuschläge bestrebt, wird entgegen anderweitigen Mitteilungen dem Landtag bei seinem Wiederzusammensetzen nicht wieder vorgelegt werden. — Ein Gebietzuwachs für Preußen um rund 23 Hektar ist auf Kosten des Herzogtums Anhalt erfolgt. Da die Gemeindungen der Dörfer Abberode und Steinbrücke teils zu Preußen, teils zu Anhalt gehörten, so hat zur Vereinigung des hierdurch entstandenen Schwierigkeiten Preußen aus den Gemeindungen Möst und Schirnau im Kreis Bitterfeld 316 Hektar 97 Ar 72 Quadratmeter abgetreten, während Anhalt aus den Gemeindungen Sollnitz (Kreis Dessau) und Ellerode (Kreis Ballenstedt) 399 Hektar 26 Ar 84 Quadratmeter abgibt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Deutschnationalen gegen das Arbeitervahlrecht.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 1. September. Das Verhältnis zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft ist kaum irgendwo so völlig von kleinlicher Gehässigkeit durchtränkt wie in Deutschböhmen. Die nationale Frage bildet sogar gegen die äußere Politik der bürgerlichen Parteien Deutschböhmens, ihre innere Politik ist der unausgesetzte kürzliche Kampf gegen die Sozialdemokratie, die Organisierung der Gelben unter nationaler Flagge, der Unternehmerkonsortiums wirkam verflüchtigt mit dem parteilichen und feindseligen Gebaren des Richterstandes. Und dieser Kampf gegen die Arbeiterschaft drängt sich immer mehr in den Vordergrund gegenüber der nationalen Freiheit, sind doch die Wahlkreise für den Reichsrat nach der Vereilung der Sprachen abgegrenzt, so dass sie im Staate die Mandatspolitik ausschließlich gegen die Arbeiter führt. Das tritt denn auch jetzt auf ungeheurem angeblich großen nationalen Widerstande der Deutschen gegen das absolutistische Landesregiment.

Die deutsch-böhmisches Vertretungsänner hatten in Komotau eine „große Versammlung“, darauf hat der Nationalverband in Wien eine Konferenz abgehalten. Allein von Komotau bis Wien schwand die Silbergang drohende schärfste Opposition in eine „zurückhaltende Haltung“ zusammen und es blieb nichts als eine Beratung mit dem Ministerpräsidenten, deren Kernpunkt war, die Erweiterung des Wahlrechts zu Gunsten der Arbeiter zu verhindern. Die Regierung hatte, als sie die Verfassung einstellt, angekündigt, sie werde den nationalen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen, den sie anzustreben nicht aufhören, unbedingt mit einer Wahlreform verknüpfen. Es sei notwendig, den bisher nicht wahlberechtigten Massen das Stimmrecht zu verleihen, und zwar durch Schaffung eines eigenen Wahlkörpers der bisher ausgeschlossenen. Man sieht, die Regierung ist in dem, was sie im böhmischen Landtag den Arbeitern gönnen will, bestimmt genug. 600 000 Wähler wählen bisher 292 Abgeordnete, die 800 000 neuen Wähler will sie mit 91 Vertretern abstimmen. Und dabei soll die Zahl der Abgeordneten der Privilegierten noch vermehrt, das Wirkungsverhältnis des Rechts noch verschärft werden. Aber der Partei des deutschen Bürgertums, dem Nationalverbänden, erscheint das als zu reichliche Gewährung. Sie verlangt statt einer Kurie der bisherigen Nichtwähler eine allgemeine Kurie. Die Großgrundbesitzer, Bauern, Bürger, denen sechzig Prozent aller Sätze gesichert sind, sollen noch einmal als Wähler auftreten, mit den 800 000 bisherigen Nichtwählern in der allgemeinen Wählerkurie stimmen und das armeselige Recht der Arbeiter zur Hälfte an sich reißen. Das ist der Gerechtigkeitsfonds des deutschen Bürgertums, seine Partei kündigt der Regierung im Landtag und Reichsrat Obstruktion an für den Fall, dass sie auch nur ein bescheidenes Maß von Stimmrecht der Arbeiter anbietet. Der wahre Grund ist dieser: eine Kurie der Nichtwähler wäre in Deutschböhmen das Hauptfache nach einer Kurie der Arbeiter. Nun könnten sich, wenn auch bloß 15 deutsche Arbeiter im Landtag wählen, die Herren Nationalverbänden nicht mehr als die alleinigen Vertreter des deutschen Volkes aufführen, sie könnten nicht mehr unbewusst bei national-oppositioneller Pose für Böhmen im Reiche die unterwürfigste Regierungspolitik treiben, sie könnten vor allem die Steuerpolitik nicht völlig ohne Rücksicht auf die breiten Massen verfolgen und jede Maßregel der sozialen Wohlfahrt bemühen — dabei gleichwohl im Nachdruck eine nationale „Arbeiterpartei“ mit sozialen Phrasen führen. Sie kämpfen gegen das Arbeitervahlrecht, um sich die Möglichkeiten einer Politik des Dranges und des Stolzstands zu sichern.

Balkan.

Zur Sage.

Der Krieg ist vorbei, und eine der Gefahren des Krieges wird dem Balkan zur drohenden Gefahr: in Serbien und Rumänien geht die Cholera um und hat auch Oesterreich schon mit einigen Fällen bedroht.

Die angekündigten Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien sind noch immer nicht in Fluss gekommen. Ein formeller Beschluss der bulgarischen Regierung über direkte Verhandlungen steht noch immer aus. Es scheint, als ob die Regierung bestrebt ist, im Vorau einige Sicherheit über die Basis der Verhandlungen zu erlangen.

Die griechische Regierung hat beschlossen, für verschiedene Zwecke der Verwaltung ausländische Organisationen zu engagieren. Es sollen besonders deutsche Beamte gewählt werden; für einzelne Amtsstellen soll die Kenntnis der deutschen Sprache Bedingung sein.

Amerika.

Die Henkersherrschaft.

Aus New York wird uns geschrieben: m. Trocken ihre Anschläge gegen das politische Wahlrecht im Halle Jan Janow Bouwmeister wie im Halle Christian Sudowitsch dank der Nachfrage der amerikanischen Genossen vereitelt wurden, verliefen die Henkersnächte an der Reita immer und immer wieder, die Auslieferung politischer Flüchtlinge von den Vereinigten Staaten zu erwirken. So dachten sie, dass am 8. August in Boston gelandeten sozialistischen Journalisten Ernst Jaumeisen habehaft zu werben. Götterdämmerung ging dieses Mal nicht den geraden Weg des Auslieferungs-Begabens. Sie suchte auf Grund des Einwanderungsgesetzes die Deportation Jaumeisen nach Hamburg zu erwirken. Wäre der russische Genosse erst einmal in dem von preußischen Zentrum regierten Deutschen Reich gewesen, so war die St. Petersburger Henkerkunst ihres Opfers sicher.

Als „Politischer“ nach Sibirien deportiert, bewerstelligte Jaumeisen seine Flucht, gelangte unerkannt nach der Hansestadt Hamburg und schifftete sich auf dem Dampfer Cincinnati ein, mit dem er am Freitag vor acht Tagen Boston erreichte. Von „unbekannter“ Seite auf die „Verbrecher“-Ausgabe Jaumeisen aufmerksam gemacht, ließ der Bostoner Einwanderungskommissar den Neuankömmling festnehmen und der sogenannten Inquisition vorführen, die prompt die Deportation des „früheren Sträflings“ verfügte. Auf Grund dieses Erkenntnisses sollte Jaumeisen nach dem Abfahrtshafen, also nach Hamburg zurückbefördert werden.

Zu Antrage der Sozialistischen Partei rief der Genosse Roewer, ein Bostoner Anwalt, gegen die Deportationsbefürzung die Entscheidung des Arbeitsministers Wilson an, der schon am Samstag die Auflösung Jaumeisen verfügte. Wären die Bostoner Genossen nicht sofort auf den Plan gewesen, so befände sich Jaumeisen schon auf der Rückfahrt nach Hamburg und wäre seinem Transport nach der russischen Grenze entgegen.

China.

Ranking in den Händen der Regierungstruppen.

Shanghai, 1. September. Infolge der den ganzen Morgen andauernden Beschlebung waren die Reden gezwungen, Ranking zu räumen. Die Tafelrunde und die Truppen des Generals Tschongkun rückten in die Stadt ein. Eine Anzahl von Rebellen entkam, wie bereits gemeldet, aber der Rest des Regiments „Der tapferen Krieger“ hält auf dem Löwenhügel aus. Der Kampf in den Straßen dauert noch an.

Petersburg, 1. September. Nach hier eingelaufenen offiziellen meldungen aus Shanghai haben die chinesischen Regierungstruppen heute Ranking besiegt. Die Aufständischen sind durch das Südtor geflüchtet.

Ein neuer Kampf.

Shanghai, 1. September. Ein blutiger Kampf hat am Donnerstag in der Umgebung von Nanjing stattgefunden. Die Aufständischen verliehen am Freitag morgen den Ort. Sie versuchten bei Wuhan vier chinesische Kreuze zu beschließen. Diese Kreuze beschlossen den Purpurberg, der noch immer in den Händen der Rebellen ist, ebenso den Silberberg. 1500 Aufständische ergeben sich dem General Li.

Parteianangelegenheiten.

Zum Fall Nadel.

Der Vorwurf erhält von den Vertretern des Parteivorstandes der Sozialdemokratie Polens und Litauens mit dem Gründen um Veröffentlichung nachfolgende Erklärung, mit dem Beifügen, dass deren Inhalt von den Genossen J. Karski, Rosa Luxemburg und J. Thaeli vertreten wird.

Der Bericht der Bremer Untersuchungskommission in Sachsen Nadel hat eine Anzahl deutscher Genossen zu einer Erklärung im Vorwärts veranlasst. Sie übernehmen hier eine Reihe von Behauptungen des erwähnten Berichts, die sie selbst freilich nicht kontrollieren konnten, die jedoch der Mehrheit der Bremer Kommission, von der sie herrühren, nachweisbar als wahrheitsgemäß befunden sein müssen.

1. Die Erklärung spricht dem Bericht der Bremer Kommissionsmehrheit nach:

„... Der Vorstand der Polnischen Partei ist auf den Vorwurf des deutschen Parteivorstandes, ein außerstatutarisches Schiedsgericht einzufügen, nicht eingegangen. Dieses Schiedsgericht, dessen Spruch Nadel sich unter allen Umständen führen wollte, sollte aus je drei vom politischen Parteivorstand und von Nadel ernannten Beisitzern und aus einem vom deutschen Parteivorstand bestellten Vorstand bestehen.“

Diese Behauptung will den Eindruck heraufen, als hätten wir einen von den obersten Instanzen der deutschen Partei als geboten erachteten und uns vorgeschlagenen Weg zur Erledigung der Nadel-Sache abgelehnt. Die Behauptung ist unwahr.

Der deutsche Parteivorstand hat uns einen solchen Vorschlag nie gemacht, und konnte ihn auch gar nicht machen. Es wäre eine Ungehorsamkeit, von der polnischen Sozialdemokratie zu verlangen, sie soll sich mit einem von ihr wegen gemeinsamer Deutlichkeit ausgeschlossenen Mitglied vor dem Forum einer deutschen Parteikontanz stellen und sich wegen des von ihr gefassten Urteils mit ihm prozessieren.

Der betreffende Vorschlag rührte denn auch nicht vom deutschen Parteivorstand her, wie die Mehrheit der Bremer Untersuchungskommission wahrheitsgemäß berichtet, sondern — von dieser Mehrheit selbst. In einem uns in Abschriften übermittelten Brief an den deutschen Parteivorstand vom 20. Januar dieses Jahres, gezeichnet „Im Auftrage A. Henke“, heißt es:

„... Der Vorstand der Polnischen Partei ist auf den Vorwurf des deutschen Parteivorstandes, ein außerstatutarisches Schiedsgericht einzufügen, nicht eingegangen. Dieses Schiedsgericht, dessen Spruch Nadel sich unter allen Umständen führen wollte, sollte aus je drei vom politischen Parteivorstand und von Nadel ernannten Beisitzern und aus einem vom deutschen Parteivorstand bestellten Vorstand bestehen.“

Diese Behauptung will den Eindruck heraufen, als hätten wir einen von den obersten Instanzen der deutschen Partei als geboten erachteten und uns vorgeschlagenen Weg zur Erledigung der Nadel-Sache abgelehnt. Die Behauptung ist unwahr.

Der deutsche Parteivorstand hat uns einen solchen Vorschlag nie gemacht, und konnte ihn auch gar nicht machen. Es wäre eine Ungehorsamkeit, von der polnischen Sozialdemokratie zu verlangen,

sie soll sich mit einem von ihr wegen gemeinsamer Deutlichkeit ausgeschlossen Mitglied vor dem Forum einer deutschen Parteikontanz stellen und sich wegen des von ihr gefassten Urteils mit ihm prozessieren.

Der betreffende Vorschlag rührte denn auch nicht vom deutschen Parteivorstand her, wie die Mehrheit der Bremer Untersuchungskommission wahrheitsgemäß berichtet, sondern — von dieser Mehrheit selbst. In einem uns in Abschriften übermittelten Brief an den deutschen Parteivorstand vom 20. Januar dieses Jahres, gezeichnet „Im Auftrage A. Henke“, heißt es:

„... Der Vorstand der Polnischen Partei ist auf den Vorwurf des deutschen Parteivorstandes, ein außerstatutarisches Schiedsgericht einzufügen, nicht eingegangen. Dieses Schiedsgericht, dessen Spruch Nadel sich unter allen Umständen führen wollte, sollte aus je drei vom politischen Parteivorstand und von Nadel ernannten Beisitzern und aus einem vom deutschen Parteivorstand bestellten Vorstand bestehen.“

Es kommt hinzu, dass der Vorstand der polnischen Partei sich runderdig geweckt hat, der Bremer Untersuchungskommission sein Nadel angeblich belastendes Material herauszugeben.

Diese Behauptung der Kommissionsmehrheit enthält in dem wichtigen Punkt eine Verfälschung, die sie zu einer Unwahrheit temptiert.

Schon im Oktober 1912 schrieben wir an den deutschen Parteivorstand:

„Wenn jetzt deutsche Parteigenossen eine Untersuchung der Angelegenheit Nadel wünschen, so wird unser Parteivorstand gewiss dem sein Hindernis bereiten. Allerdings bemerken wir ausdrücklich, dass wir die Bremer Kommission und die ganze Art und Weise, wie in Bremen die Angelegenheit behandelt wird, für eine würdevolle Sache halten. Einer solchen Kommission, die von vornherein in ihrer Zweidrittelmehrheit aus eingeschworenen Anwälten Nadebs aufzunehmen gesetzt ist, und einer Mitgliedschaft, die es für möglich hält, bevor noch die Untersuchung einer Kommission überhaupt begonnen hat, Nadel durch die offizielle Wiederaufnahme seiner Mitarbeiterschaft an dem Parteivorstand zu rehabilitieren, während wir jede Teilnahme unfehlbar an der Untersuchung rücksichtigen werden. Für uns als Vertreter einer anderen Sektion der Internationale existiert nur die offizielle Vertretung der deutschen Brüderpartei, der Parteivorstand, und nur diesem sind wir bereit, auf Wunsch alles einschlägige Material zu unterbreiten und die Zeugen zunächst zu machen, die in Betracht kommen und die sämtlich bis auf einen, der neuerdings in Russland verhaftet worden ist, im Auslande wohnen, daher ihre Aussagen machen können.“

Dasselbe schrieben wir an den Parteivorstand nochmals im Januar 1913. Und schließlich antworteten wir dasselbe im März 1913 direkt an die Bremer Kommission selbst, als sie uns um das Veröffentlichungsmaterial anging. Nadel teilten wir ausdrücklich mit:

„Wir sind dagegen bereit, jederzeit einer vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingesetzten Kommission — fülligkeitsmäßig ohne Anteil der am Ausgang der Untersuchung interessierten Bremer Genossen — das gesamte Material vorzulegen, falls der Parteivorstand eine Nachprüfung der Angelegenheit für erforderlich hält.“

Zu diesem Bericht erklären wir noch zum Überfluss, dass wir in einer eventuell vom deutschen Vorstand eingesetzten Kommission auf jede Stimme im voraus verzichten wollten.

Damit nicht genug.

Am 15. März konfrontierte der deutsche Parteivorstand selbst — wie uns aus einer Abschrift bekannt — in einem Brief an A. Henke: „dass der Vorstand der S. D. P. L. Ihnen die Überlassung des Materials verweigert, weil er die Bremer Organisation als parteiisch ansieht; dass der Vorstand der S. D. P. L., was er uns früher schon mehrfach mitgeteilt hat, bereit ist, das Material uns einzufinden, falls wir in eine Nachprüfung der Angelegenheit A. Henke nicht genug.“

Indem die Bremer Kommissionsmehrheit diese Tatsachen ver-schweigt, erweckt sie wider bestes Wissen den Eindruck, als hätten wir eine Nachprüfung der Sache A. Henke verhindern wollen, und sucht so ihr eigenes merkwürdiges Untersuchungsverfahren sowie die Radikal-Sache selbst in günstigem Lichte erscheinen zu lassen.

Die Bremer Untersuchung, wie sie durch die Mehrheit der Kommission geführt worden ist, stellt sich als eine Farsce dar. Es genügt, festzustellen, dass der Kommission nach ihrem eigenen Bericht als einziges Belastungsmaterial das nachst. Urteil des polnischen Parteigerichts vorlag. Nadel selbst war nach demselben Bericht der einzige Zeuge und Sachverständige, der in Sachen Nadel vernommen worden ist. Die Behauptung des Mehrheitsberichts, das Urteil dürfte alles enthalten, was Nadel vorworfen werden könnte, wird in ihrem Wert durch die Tatsache beleuchtet, dass unter Doffler in Sachen Nadel über 100 Schriftstücke enthalten, und wie stellen fest, dass nur die völige Unkenntlichkeit dieses Materials es der Kommission ermöglicht hat, die Verteidigungsargumente Nadebs einzunehmen. Das die Kommissionsmehrheit unter diesen Umständen — ohne einen einzigen Belastungssatz vernommen zu haben, ohne das umfangreiche Weisungsmaterial kennen gelernt zu haben — für möglich erachtet, eine „Untersuchung“ durchzuführen und ein Urteil zu fällen, ist die beste Bestätigung unserer Ansicht, dass die nötigen Qualifikationen in diesem Falle abgingen.

Die Erklärung behauptet, „dass das (polnische) Verfahren gegen Nadel über jener Rechtsbehauptung enthebe, die wir in der deutschen Partei an ein Schiedsgerichtsverfahren zu stellen gewohnt sind“.

Diese Behauptung ist grundlos und als solche bereits im vergangenen Jahre der Parteivorstand in Sachen Nadel im vergangenen Jahr der Parteivorstand in Sachen Nadel abgelehnt. Wir können nicht umhin, unser bestrebend darüber auszusprechen, dass eine Reihe wohlmeinender Genossen ihre Unterschrift unter derartige Behauptungen gesetzt hat, ohne den Vorstand im geistigen zu kennen und ohne die Behauptungen nachgeprüft zu haben.

Genoss Ledebour erklärt im Vorwärts, dass er sich den Unterschriften der von und veröffentlichten Erklärung anschliesse.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte für den 3. September.

Keine Witterungsänderung.

Wetterlage: Das über der Ostsee liegende Tiefstiel wird binnenn aufgefüllt sein. Der hohe Druck, der das Tief allseitig umgibt, bedingt bei uns volle Auflockerung. Eine Änderung der Wetterlage und damit des Wetters steht auch für morgen nicht in Aussicht.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Niedrig — 4. Verdunstung — 17, Standes + 11, Wehr + 29, Leitmeritz — 17, Nassig + 6, Dresden — 135.

Wetterbericht von der Wetterstation an der Friedrich-August-Brücke vom 2. September, mittags 12 Uhr.

Borometer 754. Veränderlich.

Thermometer +23° R.

Thermometergrap: Min. +12°. Max. +25°.

Higrrometer 84%.

Wasserstand der Elbe — 185 Centimeter.

Wasserwärme +16 Grad R.

Dresdner Polizeibericht vom 2. September.

Bericht der Landeskriminalpolizei. Am 20. August 1913 war bei dem Gutsbesitzer Müller in Hemersdorf ein Einbruch ausgeführt worden. Dem Dieb stießen 890 M. in die Hände. Als Täter ist jetzt der in Budenau in Böhmen festgenommene former Paul Emil Fischer von Jägermann aus Hemersdorf ermittelt worden. Er hatte sich sofort mit dem Orte nach Böhmen verreist.

Belebenszeitung. Am Donnerstag nachmittag ist in der Nähe von Odel-Toms Hütte im Ostragehege ein dreijähriger Knabe in die Elbe gefallen, von dem Steuermann Martin Richter der Deutsch-Festereichischen Dampfschiffahrtsgesellschaft aber unter eigener Lebensgefahr wieder ans Land gebbracht wurde. Der mutige Lebensretter drohte schon mit dem Ende nach Böhmen unterzugehen, als ihm im letzten Augenblick der Lagerhalter Hugo Köpfer zu Hilfe kam.

Radschaefer verunglückt. Durch einen Sturz mit dem Fahrrad zog sich am Montag vormittag auf der Annenstraße ein Radschaefer einen Bruch des rechten Unterarmes sowie eine Handgelenkverstauchung zu.

mit dem Mitgliedsbuch der Partei, der Gewerkschaft oder des Jugendbildungvereins legitimieren.

Pöschappel. Morgen Mittwoch, abends 1/2 Uhr, findet im Rathause öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Mähnig. Mittwoch den 3. September, abends 1/2 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Erbggericht.

Laubegast-Tolkewitz. Der Diskussionsabend der Frauen findet heute abend 9 Uhr im Restaurant Waldsleben in Tolkewitz statt. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Die Bezirksleitung.

Kötschenbroda. Die Weiterführung der elektrischen Straßenbahn von Kötschenbroda bis nach Zittau soll noch in diesem Herbst zur Ausführung kommen. Die Baukosten dieser Verlängerung dürften gegen 300.000 M. betragen.

Gerichtszettelung.

Landgericht.

Ein bürgerliches Entgleister.

Wegen einer Reihe Einbruchsbüchlächer hat sich der 35jährige Stellmacher Christian Storno zu verantworten. Der Angeklagte hat außer einer Reihe Gefängnisstrafen die jetzt schon 9½ Jahre Zuchthaus verdient und 16 Jahre alle Strafen noch zu verbüßen. Wegen seiner vorzüglichen Führung ist er schon einmal probeweise entlassen worden und zweimal ist er ausgeschlossen. Heute im September 1913 aus dem Zuchthaus zu Rauswisch. Die Zeit der Freiheit begann er zu neuen Einbrüchen, die ihm dieses Frühjahr in Eberswalde 2 und im August 1 Jahr Zuchthaus einbrachten. Noch ungeahnt sind die Straftaten, deren er sich in unserem engeren Vaterlande schuldig gemacht hat. In Grünberg bei Kamenz brach er in der Nacht zum 6. Oktober in die Lokalitäten des dortigen Gasthofes ein. Er stahl 40 bis 50 M. Bargeld, für 7 M. Zigaretten und für 4 M. Briefmarken sowie einen goldenen Dammentring. In der Nacht zum 29. Oktober verübte er drei Diebstähle. Er verschaffte sich Eingang in die Postverwaltung zu Pernitz bei Riesa. Im Studierzimmer bohrte er einen Schreibtisch an fünf verschiedenen Stellen an, um alle Schränke und Kästen zu öffnen. Er erbeutete 20 M. Bargeld, einige goldene Ringe, Zigaretten und diverse Kleinheiten. Im dortigen Gasthof raubte er gleich darauf 40 bis 50 M. und eine silberne Uhr aus dem Büfett. Diese Nacht stiehlt er noch der Pfarrerkommunion im benachbarten Raum eines Besuches ab. Außer 5 M. 70 Pf. Bargeld aus der Küche war hier das Hauptdiebstahlobjekt ein Fahrrad im Werte von 110 M. Der Angeklagte gab alle Diebstähle zu. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Zuchtsstrafe von weiteren 3 Jahren Zuchthaus. Willkürliche Umstände konnten ihm, nach der Urteilsbegründung, nicht zugestellt werden, da er seine Lage selbst verschuldet habe. Er hat nun also noch 22 Jahre Zuchthaus zu verbüßen.

Schöffengericht

Widderbauer

wurde den Siegelearbeitern Fritz Heinrich Ludwig Bitter und Hermann Ferdinand Schönbier zur Last gelegt. Beide befinden sich deswegen in Untersuchungshaft. Die Angeklagten sollen im Mai und Juni im Leubnitzer Fluß während der Saisonzeit die Jagd auf Kaninchen und Hasen ausgeübt haben. Ihre Beute war minimal, und man versteht nicht, daß sie deswegen in Untersuchungshaft seien. Bitter hat am 15. Juni ein Kaninchen und einige Tage später einen Hasen erlegt. Schönbier mit demselben Gewebe einen Hasen. Bitter wird außerdem noch eine gefährliche Körperverletzung zur Last gelegt, die er am 18. Juni in einer Siegelei in Leubnitz-Reußholz an dem Siegelearbeiter Hugo begangen haben soll. Er war mit seinem Arbeitskollegen J. in Streit geraten und wollte diesem mit dem Schaufelschliff einen Schlag auf das Gesäß geben. J. hielt aber die Hand dorthin. Der Schlag traf deshalb auf den Arm, wobei die Speiche gebrochen wurde. Das hatte zur Folge, daß J. sechs Wochen krank danebenlag. Eine solche Verletzung war von Bitter natürlich nicht gewollt. Mit Rücksicht hierauf erkannte das Gericht auch nur auf eine Geldstrafe von 40 M. Bogen des Jagdberechtigten wurden die Angeklagten zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als getilgt gilt.

Diebstahl auf dem Friedhof

wird der 12 Jahre alten bisher unbestritten Witwe Adelheid Breyner geb. Schmidt zur Last gelegt. Die Angeklagte soll auf dem St.-Pauli-Friedhof von einem frischen Grab einen Blumenstrauß entwendet und auf das Grab eines ihrer Verwandten gepflanzt haben. Sie bekräftet das; durch den Friedhofswärter wurde das aber bestätigt. Nur mit Rücksicht auf ihr hohes Alter erkannte das Gericht auf die gesetzliche Mindeststrafe von einem Tag Gefängnis.

Internationaler Genossenschaftstongress in Glasgow.

C. B. Glasgow, 27. August.

Am Dienstag morgen wurde zunächst die Frage der internationalen Genossenschaftsstatistik erörtert. Die fragen, um die es sich hier handelt, sind durchweg statistischer und technischer Natur und interessieren die Tatschlichkeit wenig.

Dann begründete Herr G. Goedhard aus Holland die Resolution des Centralvorstandes zur Stellung der Genossenschaftsbewegung zum Frieden. Die Resolution, die die Genossenschaften als großen Friedensbund bezeichnet, wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wurde einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung, die Frage des Güterausstauchs zwischen den verschiedenen Genossenschaften, in Angriff genommen. Heinrich Kaufmann (Hamburg) sprach über den direkten Gütertausch zwischen Konsumvereinen, landwirtschaftlichen und anderen Produktionsgenossenschaften sowie der Großhandlungsgesellschaften untereinander. Kaufmann führte aus: Er wolle auf die Bedarfsdeckung durch Zentralgenossenschaften nicht eingehen, sondern nur die Beziehungen verschiedener Genossenschaften zu einander behandeln. Da kommt zunächst der Vergleich eines Konsumvereins von einem andern in Frage. Konsumvereine bezahlen häufig in der ersten Zeit ihre Rückwände von einem benachbarten größeren Verein. Prinzipiell wichtiger ist der Wurstverkauf durch die Genossenschaften, die Fleischwaren vertreiben. Eine interessante Nebenform sind Konsumvereine, die keine Arbeitsprodukte ihrer Mitglieder verteilen. Die gelegentliche Abgabe der Produkte eigener Betriebe führt zu der höheren Form der Zentralproduktionsgenossenschaften für den Bezirk. Typisch hierfür sind die Fleischabteilungen in Schottland, die selbständigen Arbeitserprobungsgenossenschaften haben im allgemeinen keinen rechten Erfolg gehabt. Wie sie erfolgreich waren, verdeutlicht sie das der Rundschau der Konsumvereine, die sich auch mit Kapital beteiligen und so diesen Genossenschaften schließlich den Charakter von Zentralgenossenschaften gaben. Tatsächlich und Rentabilitätsergebnissen in Deutschland sind noch weiter gegangen und haben sich gegen Ende der Großhandlungsgesellschaften aufgestellt, die die Betriebe übernommen. Die eigentlichen industriellen Produktionsgenossenschaften (Arbeitserprobungsgenossenschaften) geben also, wie gesagt, zum größten Teil bald nach der Gründung wieder ein, sofern sie aber den Anschluß an die Konsumgenossenschaften finden und dadurch lebensfähig werden, blüht ihnen die Ausdehnung, entweder in Produktionsabteilungen ihrer Großhandlungsgesellschaft oder in Konsumgenossenschaftlichen Zentralproduktionsgenossenschaften umgewandelt zu werden. Das alle Fälle hören sie auf, eigentliche industrielle Produktionsgenossenschaften zu sein. Die sozial gerichtete Konsumgenossenschaftliche Produktion optimiert sich den Zweck der individualistisch-genossenschaftlichen Produktion.

Konsumgenossenschaftliche Centralproduktionsgenossenschaften entscheiden, um es hier zusammenzufassen, einmal dadurch, daß ordherr-

Konsumvereine eines bestimmten Bezirkes sich zur gemeinschaftlichen Produktion vereinigen, zum andern dadurch, daß Arbeitserprobungsgenossenschaften, deren Mitglieder sie geworden sind, von ihnen ganz übernommen und in die Form einer Konsumgenossenschaftlichen Zentralproduktionsgenossenschaft hinübergeführt werden. Während die ersten beiden Bedürfnissen des bestehenden Bezirks entsprechen und vornehmlich dauernd selbständig bleiben, besteht für die letzteren die Möglichkeit, sobald es wünschbar erscheint, ihre Selbstständigkeit zu verlieren und in Produktionsabteilungen der Großhandlungsgesellschaft umgewandelt zu werden. Die wichtigste Form des genossenschaftlichen Vertrahns zwischen verschiedenen Genossenschaften in der Beziehung mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Es vollzieht sich im selben Bezirk der Gütertausch zwischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und industriellen Konsumgenossenschaften in den Haushalte direkt. In getrennten landwirtschaftlichen und industriellem Bereich eines und desselben Landes tritt die Vermittlung der landwirtschaftlichen Zentralproduktionsgenossenschaft oder der Konsumgenossenschaftlichen Großhandlungsgesellschaft dazwischen, weil der direkte Verkauf infolge der größeren Entfernung zu allerlei Unzulänglichkeiten führt. Bei dem Gütertausch zwischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des einen Landes und industriellen Konsumgenossenschaften des anderen Landes ist gewöhnlich die Vermittlung der betreffenden genossenschaftlichen Organisationen vorhanden. Über die Ausdehnung dieses Vertrahns legt der Redner umfassendes Zahlensmaterial vor, aus dem sich ergibt, daß die Umfrage noch recht geringe Anzahl. Die Deutschen sind 1.9 Millionen. Zahlungen nur bei Gütern vorhanden, wo der direkte Verkauf von landwirtschaftlichen Genossenschaften durch einzelne Konsumvereine und die Großhandlungsgesellschaft 1912 rund 11 Millionen betrug. Zum Schlusse erörtert der Redner die Schwierigkeiten, die dem Vertrag der Großhandlungsgesellschaften von einander im Wege stehen.

Die Diskussion über dieses Referat, die am Dienstag abgebrochen wurde, wurde am Mittwoch fortgesetzt. Bereits erwähnt war, daß der Vorsitzende der Konsumgenossenschaft Peicester (Peicester ist das Hauptquartier der britischen Produktionsgenossenschaften) eine Länge für diese Genossenschaftsart brach. Kerner sprach Unterstaatssekretär C. H. von dem britischen Landwirtschaftsministerium für das Zusammenwirken von Konsumvereinen und landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Eine Resolution lag nicht vor.

Bei der Wahl der Mitglieder des Centralvorstandes versuchte der Verband westdeutscher Konsumvereine vorsätzlich, einen Sitzen im Vorstand zu erhalten. Von deutscher Seite gehörten dem Vorstand an: Reumann, Lorenz, Barth, d. Elm und Ahmann.

Dann eröffnete der Vorsitzende des leitenden Bundes, William, sein Referat über den Charakter des Bundes, über das Zusammensetzen der verschiedenen Genossenschaftsarten in ihm. Er wandte sich gegen die Aussage, daß der Bund eine Organisation der Konsumvereine sei. In England und Irland seien sämtliche Genossenschaftsarten in einer Organisation vereinigt. Williams verteidigte schließlich auf daß alle Genossenschaftsarten einzige Verteilung der Prinzipien.

Eine lange Debatte, an der sich Vertreter aller Länder beteiligten, galt in der Haupthalle den Konsumvereinen. Von deutscher Seite sprachen Lorenz-Hamburg und Professor Staudinger. Sie wiesen gegenüber dem Referenten darauf hin, daß der Hamburger Internationale Kongress die Konsumvereine für die wichtigste Genossenschaftsform erklärt habe.

Dr. Karpelés-Wien trat sehr entschieden für die Konsumgenossenschaftsbewegung gegenüber dem produktionsgenossenschaftlichen Standpunkt des Referenten ein.

Angst-Basel wunderte sich prinzipiell dagegen, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die teilweise Kartellscharakter hätten, in den Bund einbezogen werden könnten.

Die Debatte endete mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

Der Kongress bestätigt die vom Internationalen Genossenschaftskongress in Hamburg 1910 gefasste Resolution und erklärt, daß der Internationale Genossenschaftsbund allen wahren Genossenschaftsarten offensteht; er lädt alle wahren Genossenschaftsverbände und Genossenschaften, die die Prinzipien dieser Resolution in ihrer Tätigkeit befolgen, ein, sich dem Internationalen Bund anzuschließen.

Am Donnerstag sprach Dr. O. Schäfer-Basel, der Generalsekretär des Verbands schweizerischer Konsumvereine, über die Genossenschaftspraxis. Schäfer führt aus, daß gerade die Konsumvereine eine Erziehung ihrer Mitglieder besonders nötig hätten, da es für sie viel leichter sei, Mitglieder zu gewinnen, als aus diesen Mitgliedern geschätzte Genossenschaftler zu machen. Diese Erziehungstage, bei der die Presse die Hauptrolle spielt, sei für sie die eigentliche Lebensfrage. Was die Zahl der Blätter und die der Verleger anlangt, so dominiert die konsumgenossenschaftliche Presse in der genossenschaftlichen Presse. Auf die Konsumvereine entfallen etwa sechs Siebentel aller genossenschaftlichen Presse. Der Redner schließt dann eingehend die Organisation des Vertrags in den Verband schweizerischer Konsumvereine mit der Auseinandersetzung vom Vollblatt und Hochblatt und den fremden Ausgaben.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Vollkötternde Fleischherinnungen.

Auf dem letzten Gewerbeleumettag in Leipzig haben die Bündler in den beweglichsten Tönen über den Vorstoß der Arbeiterschaft gezeichnet und den verdeckten Zeitverhältnissen entsprechende Verbesserungen für die Kollegen und Kolleginnen zu erzielen, ob mit Erfolg, das wird von den Einfühlern des Unternehmers als auch von der Geschäftlichkeit und der Anteilnahme der in dieser Spezialbranche Beschäftigten abhängt.

Großen Umnutz hat es verachtet, daß Wedder, die aus irgend einem Grunde unbedingt nach hier kommen wollen, laut Anfrage, die bei uns eindringen, um liebsten nicht einmal diese Lohnbewegung anzuzeigen möchten.

Wir müssen wiederholen verlangen, die Bewegung nicht durch Angabe zu führen, daß auf Arbeitsergebnisse jetzt nach Zugeständnissen der hiesigen Tarifkommission zu reagieren. Die weitere Verdichtung und Beachtung dieses Vertrags unter der Kollegenschaft im In- und Ausland erwartet. Die Tarifkommission der Fleischarbeiter für Dresden und Umgegend.

Die Firma, Kommune und Konsumvereine werden gut tun, wenn sie zeitigen Aktionen einleiten, um den proflüchtigen Fleischherstellern zu zeigen, daß auch bei ihnen die Hämme nicht in den Himmel werden.

Folgendes.
Auch ein "Rüstungskapital".

Bei der Firma C. G. Werner, Uniformtagen- und Militärfabrik, Dresden-N., Luisenstraße, bestehen Differenzen. Werden der Arbeiterschaft doch zur Kenntnis und ersuchen, dahin zu ziehen, daß die Frauen und Kinder der Arbeiter bis auf weiteres diesen Betrieb meiden. Zur Illustration dieses Betriebes dienen vorläufig folgende:

In die Firma ist kürzlich ein neuer Teilnehmer eingetreten, der augenscheinlich die große Preisschwankung verloren hat, sein Geld in dieser Branche anzulegen. Winkt doch dort größeres Umlauf und damit größere Profit! Aber mit diesem normalen Verlust nicht zufrieden, wurden den Arbeitern zur Erzielung noch größeren Profites Lohnreduktionen angekündigt. Dabei sind die Ohne schon jetzt die deutbar niedrigsten: der Einstellungslohn beträgt pro Stunde 13 Pf. Selbst über 20 Jahre alte Arbeiterschwestern werden noch mit 18 Pf. Stundenlohn abgeschlagen. Die Arbeitsabfälle sind dementsprechend. So kostet der Firma die Herstellung eines Uniformfragments noch nicht einmal den fünften Teil dessen, was die Uniformschreiber laut Tarif erhalten. Dazu kommt, daß die Arbeiterschwestern häufig zur Arbeit warten müssen, so daß einzelne wiederholen an einem Tage kaum 10 Pfennige verdienen. Es ist degreiflich, daß, wenn den Arbeiterninnen bei solchen Löchern noch Lohnreduzierungen angeboten werden, auch die Zuständigsten anfangen, sich zur Wehr zu setzen. Die Firma erhält, daß die Arbeiterschwestern Schutz und Hilfe bei der Organisation suchen. Sie tut nun genau dasselbe, was andere ausländische größtenteils unternehmerische Unternehmen vor ihr auch getan haben, sie droht mit Maßregelungen, wie folgender Anschlag:

Zur Beachtung.

Die Bearbeitung seitens der Organisation geht jetzt so weit, daß die Läufer derselben sogar in die Wohnung meines Personals vordehnen, um die Einzelnen zum Eintritt in die Organisation zu bewegen. Der Hauptgrund derselben dürfte der sein, daß bei eventuellen Streiks der Organisation mein Personal mit streiken soll, um den Uniformschreibern die Gelegenheit zu bereitstellen, fertige Arbeiten und Aufschläge während des Streiks von mir zu beziehen, da ich dann selbst ohnegelegt sein sollte. Ich teile ebenfalls dem Personal mit, daß ich nächste Woche meine Vorschläge zur allgemeinen Gewinnung bringen werde, bemerke aber im voraus, daß die Organisation in meinem Betriebe auf keinen Fall beschäftigt, da mir gegebenenfalls anderer Arbeitkräfte genügend zur Verfügung stehen.

C. G. Werner.

Wenn die Firma ihre Drohung wahr machen wollte und die organisierten Arbeiterschwestern entlädt, würde sie sehr bald die Erzielung machen, daß sie dann überhaupt ihren Betrieb schließen kann. Die Drohung verlangt deshalb bei den Arbeiterschwestern nicht mehr. Die angekündigten Vorschläge haben ihnen die Augen großgemacht und wenn die Firma einen Konflikt will, dann wird sie eine Lohnverhandlung erleben.

Von der organisierten Arbeiterschaft erwarten wir weitergehende Unterstützung durch die Fernleitung der "anderen Arbeitkräfte", die angeblich der Firma zur Verfügung stehen.

Bernd der Fleischarbeiter. Die Fleischverwaltung.

Von der Fleischarbeiter-Lohnbewegung in Dresden kann bis jetzt noch nichts Positives berichtet werden, da das Unternehmen erst in der letzten Hälfte des vergangenen Monats mit einer neuen Lohnbewegung geholt wurde.

Die Tarifkommission bemüht sich nach Kräften, in der kurzen Zeit, die ihr bis zum Ablauf des alten Tarifs noch zur Verfügung steht, etwas Einheitliches und den verdeckten Zeitverhältnissen entsprechende Verbesserungen für die Kollegen und Kolleginnen zu erzielen, ob mit Erfolg, das wird von den Einfühlern des Unternehmers als auch von der Geschäftlichkeit und der Anteilnahme der in dieser Spezialbranche Beschäftigten abhängt.

Großen Umnutz hat es verachtet, daß Wedder, die aus irgend einem Grunde unbedingt nach hier kommen wollen, laut Anfrage, die bei uns eindringen, um liebsten nicht einmal diese Lohnbewegung anzuzeigen möchten.

Wir müssen wiederholen verlangen, die Bewegung nicht durch Angabe zu führen, daß auf Arbeitsergebnisse jetzt nach Zugeständnissen der hiesigen Tarifkommission zu reagieren.

Die weitere Verdichtung und Beachtung dieses Vertrags unter der Kollegenschaft im In- und Ausland erwartet. Die Tarifkommission der Fleischarbeiter für Dresden und Umgegend.

J. A.: Heinrich Lange, Dresden-N., Paulsplatz, 16, 1.

Aus der Umgebung.

Achtung, Bauarbeiter!

Neben die Waffen-Hochbäcker-Neubauten in Burgk und Alt-Schönau (ausführende Firma Emil Jacob in Weißerfeld) ist die Spur wegen Lohnunterschieden verhangen. Die Firma Jacob ist eine der sozial rückständigsten Firmen im ganzen Dresden-Tarifgebiet. Durch Vertrag ist in diesen Beziehungen der Stundenlohn auf 51 Pf. bei neuständiger Arbeitzeit festgelegt. Die Firma zwingt viele Kollegen, bei einem Stundenlohn von 30 bis 43 Pf. zu arbeiten. Auf die rassistisch weiße Weise werden diese niedrigen Löhne zur höchsten Ausnutzung der menschlichen Arbeitsteistung gemacht, da man mit jedem Versprechen der Firma das Kapital aus den Knochen des Arbeiters herauszogt. Wir erwarten, daß jeder Arbeiter uns in diesem Kampfe durch seinen Betrieb unterstützen wird, damit dieser Firma jedesmal das Handwerk gelegt wird.

Da die Firma fremde Arbeiter heranziehen will, werden arbeiterfreundliche Blätter am Nachdruck geben.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Umland.

Lohnbewegungen.

Die gesamte Arbeiterschaft der Schuhfabrik "Delphin" (Inhaber G. Jentsch) in Straßberg bei Berlin hat am vergangenen Sonnabend die Rübung eingereicht. Seit fast einem Jahre nehmen die Differenzen in diesem Betriebe kein Ende. Eine das gewöhnliche Mal weit übersteigende Gewinnlast treibt den Unternehmer dazu, alle möglichen Mittel und Wege auszulegen, um den alten, meistens sehr niedrigen Lohnsätzen eine durchgängige Leistung vom jedem einzelnen Arbeiter zu verlangen. Derzeit wechselt das Lohnklima, bald Arbeit, bald Zeitlohn und umgekehrt, soll dem vorgenommenen Zwecke dienen. Selbstverständlich wird jedesmal der neue Vorschlag vom Arbeitgeber diktiert. Trifft er bei einzelnen auf Widerstand, so erfolgt bald unter nichtigen Vorwänden die Entlassung. Alle Vorstellungen der Arbeiterschaft, die durch den Ausführer beim Arbeitgeber vorgebracht werden, waren vergebens. Der Arbeitgeber gibt dann wohl scheinbar nach, um nochher auf Umwegen unter Ausnutzung der Unzufriedenheit vieler Arbeiters, durch Verhandlungen auf höheren Lohn oder durch Androhung der Entlassung, doch auf seinem gestellten Ziele zu kommen. Delphin wurde den Schuharbeitern angekündigt, wer nicht jede Woche ein bestimmtes Quantum schweißt, werde sofort entlassen, die Fleißigen sollten aber bei Mehrleistung eine bestimmte Prämie erhalten, die aber so niedrig angelegt war, daß den fleißigen Betrieb der Arbeitgeber gemacht hätte. Den Ausdruck wurde durch Konferenzschluß aufgetragen, dem Arbeitgeber zu eröffnen, daß die gesamte Arbeiterschaft gegen diese neue Unterherrschaft geschlossen auftreten würde. Scheinbar gab der Arbeitgeber wieder nach, am 14. Tage später den Vorstößern des Aufzäh

Aus aller Welt.**Zur Fertigstellung des Panamakanals.**

Aus New York wird uns geschrieben: Vor knapp drei Monaten versicherte der Ingenieuroberst Goethals, denn die Zeitung des Baues des Panamakanals überlegen ist, daß der künftige isthmische Wasserweg bis zum 1. Oktober 1913 fertig sei und dem Betriebe übergeben werden könne. Die stolze Ankündigung erfüllt sich nicht. Es wird Oktober, ehe in den durch den Guleben-Gefüllung verlaufenden Teil des Kanals Wasser eingelassen werden kann. Aber damit liegt die Möglichkeit der Schiffsverbindung noch in weitem Felde. Denn der Wasserzulauf darf nur langsam erfolgen, wenn die Kanalwände nicht gefährdet und Erdruhe vermieden werden sollen. Sodann muß das Niveau des Gatun-Sees von 84 Fuß auf 165 über dem Meeresspiegel gehoben werden. Dazu sind 183 Millionen Kubikfuß Wasser erforderlich, die der Chagresfluss erst im Laufe einiger Monate zu liefern vermag. Bescheinigen läßt sich der Zeitpunkt, da Wasser in den Kanal gelassen werden kann, auch nicht. Aus technischen Gründen wäre eine Vermehrung der Arbeitskräfte zwecklos; daher ist eine Steigerung der Arbeitseffizienz ausgeschlossen.

Das alles war dem Obersten Goethals schon bekannt, als er vor einem Vierteljahr die fröhliche Vollendung des Titanenwerkes in sichere Aussicht stellte. Es müssen also in der Zwischenzeit unvorhergesehene Schwierigkeiten eingetreten oder neue Aufgaben erwachsen sein. In erster Linie denkt man da an beginnende Erdstöße, von denen die Dejennlichkeit bei der amtlichen Geheimnisskämerie nichts erfuhr. Diese Vermutung gründet sich auf die zahlreichen, auf die geologische Besonderheit der Kanalzone und die dortigen häufigen seismischen Störungen zurückzuführenden Erdruhe, die den noch nicht fertigen Kanal bald da, bald dort in größerem oder geringerem Umfang verschütteten.

Die im Hinsicht auf die Erdbebengefahr von Anfang an, namentlich von Vincenzo Barilla gräßende Zweifel an der Zweckmäßigkeit des Schleusenkanals werden trotz der nahe bevorstehenden Vollendung des Miesenunternehmens in weiten fachmännischen Kreisen noch immer geteilt. Bekanntlich wurde die Streitfrage, ob Schleusen, ob Riveaufkanal, durch den damaligen Präsidenten, den Alleswüssten Roosevelt, dessen Nachtwort gewiß durch feinerlei Sachkenntnis beeinflußt wurde, zu Gunsten des Schleusenkanals entschieden.

Darum stellt man sich immer und immer wieder die Frage: Wie kommt es, daß die Vollendung des Kanals mindestens ein Vierteljahr länger in Anspruch nimmt, als der hervorragend tüchtige Leiter der Arbeiten noch vor drei Monaten annahm? An der schließlich Fertigstellung der Wasserstraße ist ja nicht zu zweifeln. Stehen hinter dem Unternehmen doch die schier unbegrenzten Mittel der Vereinigten Staaten. Aber ob der Schleusenkanal sich bewährt oder ob nicht schließlich doch ein Riveaufkanal gebaut werden muß? Fachmänner zeigen sich nicht recht geneigt, die erste Frage bejahend, die zweite verneinend zu beantworten.

Eine Tragödie des Elends.

Eine erschütternde Notstandstragödie hat sich in London abgespielt. Nachdem der 40jährige Malermeister Paul Schenk aus der Potsdamer Straße durch Erhängen Selbstmord verübt, vergiftete dessen Chefrau sich und ihre drei kleinen Kinder aus Vergewaltigung mit Gas. Zum Glück wurde die Tat noch so früh entdeckt, daß alle vier Personen dem Tode entflohen werden konnten. Im Kampf ums Leben für sich und seine aus vier Stöpfen bestehende Familie wurde der

Malermeister S. vom Schicksal arg heimgesucht. Die Tot und das Elend in der bescheidenen Bebauung wurden von Tag zu Tag größer, und als der Familienvater gar keinen Ausweg mehr wußte, entfernte er sich in der Vergewaltigung von seinen Angehörigen, begab sich nach der Wuhletalvorstadt Heide und er hängte sich dort. Spielernde Kinder hörten später den Leidnam des Lebensmüden. kaum erfuhr die Chefrau von dem Tode des Ehemannes, da wurde auch sie von der Vergewaltigung gepackt. Nachdem sie die kleinen, zwei Mädchen im Alter von elf und sechs Jahren und einen Knaben von sieben Jahren, ins Bett gelegt hatte, zollte sie vor alle Türen Widerstände, um so ein Einbrechen von Personen zu verhindern. Nachdem die Unglückliche schließlich einen Abschiedsbrief geschrieben, öffnete sie sich in die Wohnung und legte sich zu den Kindern. Mehrere Stunden darauf wurden die Nachbarn durch einen verdächtigen Geruch aufmerksam gemacht. Man drang gemeinsam in die Wohnung und fand Mutter nicht kindern leblos in den Betten vor. Ein hingerüttelte Arzt bemühte sich mit Hilfe des Saugrohrapparates mit Erfolg um die Bewußtlosen. Er vermochte sowohl die Mutter, als auch die Kinder wieder ins Leben zurückzurufen und sorgte für Überführung ins Krankenhaus.

Auf der Jagd erschossen.

Berlin, 2. September. Auf der Niederwerder Feldmark bei Neu-Ruppin ereignete sich ein Jagdzug mit tödlichem Ausgang. Der 13jährige Knabe Röhlitz aus Butzenow wurde von einem Berliner Arzt, der dort der Hühnerjagd oblag, aus etwa 10 Meter Entfernung in die Brust geschossen. Der Arzt verband ihn sofort und ordnete die Überführung in das Kreiskrankenhaus Neu-Ruppin an, wo der Knabe seinen Verletzungen erlag.

Wilde Schlager.

Bremen, 1. September. In der vergangenen Nacht entstand zwischen vier Hausschlössern und mehreren jungen Leuten auf Wiese und Elbfeld ein Streit. Nach einem kurzen Wortwechsel, der sich aus geringfügiger Urtüte entwickelt hatte, kam es zu Täuschungen, in deren Verlauf ein Italiener zu einem bösartigen Messer griff und wie besessen um sich schlug. Ein 22 Jahre alter Bandwirker erhielt einen Stich in den Hals, der ihn so schwer verletzte, daß er nach wenigen Minuten verstarb. Auel andere Arbeiter erhielten lebensgefährliche Stiche in den Rücken. Der Täter konnte nur mit Mühe überwältigt und verhaftet werden.

Ein siebenjähriger Knabe als Mörder.

München, 1. September. Eine entsetzliche Bluttat beging in Rheinhausen bei Regensburg ein offenbar geisteskranker 7½ Jahre alter Knabe. Er schlachtete die 2½ Jahre alte Tochter des Tagedehner Kraut, nachdem er das Mädchen vorher durch Schläge mit einem Holzstück bestimmt hatte, bedrohlich ab. Mit einer Säge spaltete er dem Kind dann decimal den Kopf, holte Arme und Beine ab und versetzte die einzelnen Körperteile. Noch bei der Ausführung der Tat wurde er überrascht und gestand lachend die Tat ein.

Familienträgölie.

München, 1. September. Der schwache Antonio löste seine schreckliche Tat, als Tochter durch Revolverschüsse und gab auf seine Frau gleichfalls zwei Schüsse ab und verletzte sie lebensgefährlich. Dann erhob sich Antonio selbst. Das Motiv der Tat ist Gierfuch. Der Mörder war kurz vorher aus dem Gefängnis entlassen worden, wo er wegen unstillbarem Verbrechens mit seiner Tochter eine längere Freiheitsstrafe verbüßen mußte.

Brand einer Getreidemühle.

Duisburg, 1. September. Die Getreidemühle Thomas in Melchedt wurde durch Großfeuer zum größten Teil zerstört. Der Schaden beträgt 300 000 M. Er ist jedoch durch Versicherung gedeckt.

Ein ungetreuer Stadtzieger.

Heilbronn, 2. September. Der Stadtzieger Bürger ist seit Sonnabend verlaufen. Es wurde festgestellt, daß für 8 000 000 M. ungedeckte Verbindlichkeiten vorhanden und zahlreiche von Bürger vermalte Privatvermögen von ihm angegriffen sind.

Altenburg, 1. September. Auf Bahnhof Altenburg wurde in vergangener Nacht ein unbekannter, gegen 45 Jahre alter Mann, der unbefugter Weise das Gleis überqueren wollte, von einer Lokomotive tödlich überfahren.

Totgeschehen.

Northeim, 1. September. Auf der Straße Northeim-Loffen wurde heute früh der Straßenarbeiter Schmidt aus Obergösenhain tödlich überfahren.

Abgestürzt.

Wien, 1. September. Der Künstler Mayr stürzte am Sonntag von der großen Zelbstspalte in den Molnitzer Tauron über eine 300 Meter hohe Felswand ab. Die Leiche ist noch nicht geborgen worden.

Im Inn ertrunken.

Innsbruck, 1. September. Bei einer Bootsfahrt zwischen Innbruck und Rastenfeld stürzte bei Wörgl im Unterinntal ein mit Leben Personen besetztes Boot. Sämtliche Insassen fielen ins Wasser. Drei Personen ertranken im teilenden Inn.

Bericht über den Schlachtviehmarkt
am 1. September 1913 in Dresden.

Schlachtvieh- haltung und Auftrieb	Sortklassen	Marktpreis für 50 kg Lebend- / Schlach- Gewicht	
I. Minder	1. Röhlige, ausgemästete höchst. Schlachtwert bis zu sechs Jahren	51—58 98—98	
A. Kühen 198	2. Junge Röhlige, nicht ausgemästet — ältere ausgemästete	46—48 88—90	
B. Küffen 284	3. Kühe genährt junge — gut ge- nährte ältere	40—44 82—85	
C. Kalben u. Rübe 182	4. Gering genährt jeden Alters	34—38 73—79	
D. Rüster	1. Röhlige, ausgewachsene höchst. Schlachtwert	51—58 92—97	
E. Rinder 280	2. Röhlige jüngere	47—50 88—91	
III. Schweine 890	3. Kühe genährt jüngere und gut genährte ältere	42—45 81—84	
IV. Schweine 1972	4. Röhlige genährt	— —	
	5. Kühe genährt Röhlige	51—53 92—97	
	6. Kühe genährt, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwert bis zu sieben Jahren	45—48 86—89	
	7. Kütere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	40—43 70—72	
	8. Kühe genährt Kühe und Kühe ge- nährte Kalben	35—39 75—79	
	9. Kühlig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben	— —	
	10. Gering genährte Jungkühe im Alter von 8 Monaten bis zu 1 Jahre	— —	
	11. Rinder 280	1. Topplender	80—85 110—115
	2. Deutsche Rind- und Saugkalber	68—61 98—102	
	3. Westliche Rind- und Saugkalber	51—55 95—97	
	4. Geringe Röhlige	44—48 96—99	
	5. Westkümmner u. jüng. Westkümmel	50—52 101—102	
	6. Westkümmel	44—47 89—94	
	7. Kühe genährt Hammel und Schaf (Merghafe)	40—43 77—85	
	8. Kühe	62—65 88—88	
	9. Fleischw.	62—65 82—82	
	10. Fleischw.	61—62 81—82	
	11. Geringe entmidete	50—53 90—91	
	12. Sauer und Eber	56—58 75—77	

Gesamtauftritt: 3731 Tiere. Ausnahmepreise über Rott. — Von dem Auftrieb sind 20 Kinder und 50 Küller österr.-ungarischer Herkunft. Geschätzungsang.: Bei Ochsen, Küllen, Kalben und Kühen, Külberr., Schafen und Schweinen langsam. — Lieferstand: Kinder 20 (davon Ochsen 5, Küllen 9, Kühe 6), Küller 62, Schafe 4.



**Die neue 3 Pfennig
QUALITÄTS
CIGARETTE**
mit Goldmundsf. mit Hohlmundst flach

Gewerbeschaff. und Sortenangebot!

Steinigen . . . 1 M.
Neue Röder . . . 1 M.
Neue Lüben u. Retten
enorm bill. Preis
der Ladenmitte. B 1896
E. Köhler, Annenstr. 28,8

Kokes-Flocken
Selbmanns Filialen

Herren-Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge
samt man am billigen
E. Köhler, Am 11

Boden-Rummel, altes Eisen,
Weiß u. Weiß
taut. R. Vogt, Trabantenstraße 13.
Singer-Schneidemaschine, g. erh., 2 Jahr
Ges. f. 18 M. g. v. J. J. Müller, Göttingen 14, M. L.

Wir suchen

einen verlässlichen Mann, einerseits
welchen Berufes, für dessen Wohn-
ort u. Umgeb. wir eine Blüte er-
warten. Kenntnisse od. Kapital
nicht nötig. Einkommen monatlich
200—300 M. Man schreibe unter
J. & H. Dr. 11 in Kaiserslautern & Trier,
A.-B. Körberg, zur Weiterbeförde-

**Bauckerode!**

Bestellungen auf die Dresdner
Volkszeitung, sowie sämtliche
Parteiliteratur, Justizate u.
immer jederzeit entgegen

Ernst Walther
Hauptstraße 16.

**+ Geheime +**

Männer- u. Frauenleiden
Gars, Bludn., Gold- u. Gant-
frankfurter Geb. seit 15 Jahr.
m. gut. Erfolg ohne Schädigung
durch die Naturheilkunde (B 1488)
Frd. Heimberg, Dresden
Vaugner Straße 52.
Sprechst. 2—5, Sonntags 8—11.



In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Gelegenheitskauf!**Broschüren u. Bücher**

zu bedeutend herabgesetzten Preisen sowie
eine kleine Anzahl

Bilder (Steinzeichnungen)

zu halben Preisen zum Verkauf.

Volksschulbuchhandlung, Gr. Zwinglerstraße**Tharandt und Umg.**

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtliche
Parteiliteratur, Zeitschriften und Tendenzen sind jederzeit
gegen
Paul Fleidler, Dresden 12.

Vierter Reichstags-Wahlkreis
Bezirk Coswig-Kötitz

Donnerstag den 4. September, abends 8½ Uhr [V 12]
im Restaurant Karlschlößchen in Coswig

Mitglieder-Versammlung

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Zahlreiches Erscheinen erforderlich. Die Besitzleitung.

**Zwei öffentliche
Versammlungen**

Donnerstag den 4. September, abends 8½ Uhr
im **Gasthof Leuben** und im **Gasthof
Deutsches Haus, Mügeln**

Tages-Ordnung:
Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft
gesellschaft "Vollfürsorge" und ihre Bedeutung für die
organisierte Arbeiterschaft. — Debatte.

Kolleginnen und Kollegen! Es ist Pflicht, in diesen Ver-
sammlungen zu erscheinen.
Der Vorstand
L. 1207 des Gewerkschaftsbundes für Mügeln und Umgegend

Lächerlich kleine Preise
schrift im **Strumpfwaren-Total-Ausverkauf Flemmingstr. 1,**
Ecke Annenstraße. Strümpfe in Wolle oder Baumwolle, alte
Größen, 3 Paar 1 M., Damen-Handschuhe,
früher bis 2 M., jetzt Paar 10 Pf. Strümpfen u. Socken spottb.
Haben u. Hosen, etwas angekündigt, ganz außergewöhnl. Bill. [B 2284]

Fahrräder
gebraucht, von 15. 20. 25. 30 M.
Mäntel, 1.50, 1.75, 2.00, 2.25.
3.00 u. 3.50 m. Garanti.
Gebirgsreiten, 1.75, 4.50, 5.50.
Schlüsse, 1.50 m. Gar. 1.50.
Mietwagen, 1.50, 2.25 u. 3.00.
Wettermantel, 1.50 bis 12 M.
Stirl, Wettinerstr. 49

Mutterspritzen



mit 2 Röhren von 1.75 M. an.
Spülflaschen, Feuerlöscher, Menstruationspulver, Vorhalbinsel, u. Augen-

FrauenArtikel

Ausstattung usw. auf Zeit. 10 Zug-Zettel

Frau Heusinger

ooo 37 Am See 37 ooo

Erster Laden vom

Dippoldiswalder Platz.

Gern auf Namen und

Haushaltsnummer anfordern.

Burschen- u. Knaben-

Anzüge und allerhand

Herren-Kleider, neu

und wenig getragen, verlaufen billig

Brand- u. Gehrod-Anzüge zweitklassig

Gr. Brüderg. 11, II.

Ginauna Querstraße.

Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens
Täglich abends 8 Uhr: Das große Saison-Eröffnungsprogramm

Rhythmisch-Schauspiel-Ensemble aus Hannover

12 Personen

Reingold-Quintett, gefungen vom Ensemble

A. Reindorf, Bassist-Molatt

**Damen-Gesang- und Tanz-Quartett "Die
flotten Mädel"**

Sylphide, Serpentine, Blaggen- und Flammentänzerin

Elefant, wundervoller Beleuchtungsauf-

Wald-Waldon, Grotesk-Duet. 11 So hat man noch

nicht gehört!!

O, diese Männer. Original-Surlesse in einem Alt-

Amor auf Reisen. Ausstattungslomödie mit Gesang

und Tanz, vollständig neu für hier.

In den Pausen: **Kino-Einlagen,** das Neueste.

Sonntags drei Vorstellungen!

Wochentags Vorzugskarten gültig!

Orpheum

Rauenziger Straße 19–21.

Heute grosser

Kornblumen-

Aufgang 7 Uhr. Ball Aufgang 7 Uhr.

Gasthof Mockritz

Morgen Mittwoch

Eintritt frei. Tanz-

K 14.30. Damen 50 Pf. Abend 8 Uhr

Agent gefunden. Vergüt. 2. 300.

H. Jürgensen & Co.

Cigar. F. Hamburg 22. [A 126]

Schwepnitz und Umg.

Donnerstag den 4. September, abends 8 Uhr, im Saale des Gasthofs

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Erwahl im vierten Reichstags-Wahlkreise.

Referent: Reichstagkandidat **Wilhelm Buck.**

[V 13]

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

Central-Theater

Gastspiel des weltberühmten

Severin

in „Das Gewissen“ (Conscience)

Pantomime in vier Bildern. Musik von Colo Bonnet.

Serene Nord

und die für Dresden neuen Attraktionen.

Varieté - Preise (einschl. städtischer Billettsteuer)	
Orchesterloge . . .	M. 5.50
Parkettfauteuil . . .	3.—
I. Parkett . . .	2.—
II. Parkett . . .	1.50
III. Parkett . . .	1.25
Stehparkett . . .	1.—
1. Rang Prosc.-Loge . . .	5.50
1. Rang Fremd.-Loge . . .	4.—
1. " Loge . . .	3.50
1. Rang Balkon . . .	M. 3.—
1. " Tribüne . . .	2.50
Prosc.-Loge . . .	3.50
Balkon . . .	2.—
Tribüne . . .	1.50
Seitenreihe . . .	1.25
Stehplatz . . .	—.80
Sitzgalerie . . .	1.—
Stehgalerie50

Anfang 8 Uhr.

Ende gegen 10½ Uhr.

Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen

Nachmittags 3½ Uhr

Abends 8 Uhr

ermässigte Preise.

Rauchen überall gestattet! [A 29]

Colosseum-Theater

Freiberger Platz

Telephon 18487 — Straßenbahnenlinien 7, 13, 15, 23.

Morgen Mittwoch, nachmittags 4½, Uhr

alle Kinder zu

Max u. Moritz

Theaterstück in 5 Akten.

Freitag den 5. September, abends 8½ Uhr

1. spezieller Theaterabend

„Im Hinterhaus“

Drama in 4 Akten.

Alltäglich das glänzende Kinoprogramm u. anschliessend
nur im Abendprogramm das Theaterstück

Der Zuchthäusler.

für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und
Teilnahme sowie für den reichen Blumenstrauß und das
ehrenvolle Geleit zum Grabe beim Heimgang unseres teuren
Entschlafenen

Karl Ulrich

sagen wie allen

herzlichsten Dank.

Dresden, den 2. September 1913.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Emil Riedel, Dresden.
Verantwortlich für den Juwelen-Teil:
Heinrich Giebler, Dresden.
Druck und Verlag: Raben & Comp., Dresden.

Handel und Industrie.

Zigarettenabat.

Auf die Geschäftserweiterung des amerikanischen Tabaktrusts wollen die deutschen Zigarettenfabrikanten schon seit Jahren auch die wachsenden Schwierigkeiten beim Tabak einlauft zurückgeführt wissen. Bald nach der Niederlassung des amerikanischen Tabaktrusts in Deutschland wurde die Behauptung erhoben, daß er den türkischen Tabak plausibel wegzulassen versuche. Ein Zigarettenfabrikant führte auf der Generalversammlung des Bundes der Industriellen im Herbst 1911 aus: „Vor ungefähr 14 Tagen sind nach den zollamtlichen Ausweise in Dresden für etwa 600 000 Mark türkische Tabake nach Amerika verschifft worden. Im Sommer dieses Jahres waren amerikanische Tabakagenten im Sinne der American Tobacco Co. tätig, um gewisse Sorten von Tabaken, ohne die wir in Dresden nicht arbeiten können, wegzukaufen. Nachdem diese Leute in Dresden ihrem Wunsche gemäß alles zusammengekauft hatten, schreben sie direkt nach Konstantinopel, traten mit den ersten Firmen des Tabakhandels in Verbindung und planten eine Verschmelzung, ebenfalls unter dem Dach American Tobacco Co., das heißt, den Ankauf sämtlicher türkischen Blättertabake. Unsere deutschen Tabakhändler fanden nach der Türkei hinunter, versuchten Aufläufe zu machen, es gelang ihnen dies aber nur so weit, als sie die Bauern in der Türkei durch Vorschüsse in ihrer Gewalt hatten, denn die Amerikaner hatten bereits alles übrige weggekauft, und was noch zu haben war, mußte 30 bis 40 Prozent höher bezahlt werden. Gestern nun ist mit von zuverlässiger Seite die Mitteilung geworden, daß die Amerikaner sich nicht nur mit dem Weckau begeisterten, sondern bereits auf den Dörfern Umfrage halten: Wiede schuldet dieser Tabakbauer diesem oder jenem Händler in Dresden? Sind es 100 türkische Pfund, dann erhalten die Bauern 150 Pfund und sind somit in den Händen der Amerikaner, und der deutsche Tabakhändler kann sehen, wo er Tabak herbekommt. So nimmt man uns die ganze Nutzlosigkeit.“

Ganz so schlimm, wie man nach dieser Darstellung annehmen könnte, haben sich die Verhältnisse auf dem Tabakmarkt nicht entwickelt. Heute, nach 12 Jahren, werden dieselben Besichtungen und Klagen gedankt, was immerhin darauf schließen läßt, daß die durch den Trust verdeckte Monopolisierung des Einkaufs von türkischen Zigarettenabaten nicht gelungen ist. Zweifellos hat jedoch die Situation auf dem Markt für türkische Zigarettenabate eine bedenkliche Ruspaltung erfahren, durch den Balkanrieg wurden viele Tabakfelder verwüstet, nicht nur die Ernte dieses Jahres ist verloren, auch für das nächste Jahr kann nur auf sehr eingeschränkte Erträge gerechnet werden. Hier steht nun, wie die Börsische Zeitung schreibt, die Macht des amerikanischen Tabaktrusts ein. In Amerika werden in den Zigaretten zumeist billige Tabake verarbeitet als in Europa. Dies ist kein Vorwurf für die deutschen Fabrikanten, die wohl hauptsächlich in Betracht kommen; es ist die Preisrichtung der Verbraucher maßgebend. Infolgedessen wird der Tobacco Company der Einkauf sehr erschwert. Diese Kraft liegt in der Türkei jedenfalls, der ihr angeboten ist, die ganz guten Sorten, für die nur der amerikanische Konsum Interesse hat, verarbeitet sie für ihren amerikanischen Bedarf, die geringeren Sorten, mit denen man in Europa, dem Geschmack des Publikums folgend, arbeitet, kann sie nur an ihre europäischen Freunde abgeben. Gerade diese Tatsache gibt dem Trust augenscheinlich auch in Deutschland große Aussichten, denn der deutsche Fabrikant, der jetzt im Orient zum Einkauf weilt, hat, da er nur die minderen Sorten verarbeiten kann, mit manchmal unüberwindlichen Schwierigkeiten zu rechnen. Nur rauht das Publikum ja im allgemeinen Marken, und jede Fabrik ist bestrebt, diese durch besondere Tabakmischungen dem Raucher unentferntlich zu machen. Viele deutsche Firmen, die in den Zollhöfen noch große Mengen Tabak lagern haben, werden auch weiter in der Lage sein, dem Geschmack des Publikums entgegenzukommen. Andere Firmen dagegen, die minder vorsichtig waren, sind schon heute gezwungen, ihre „türkischen“ Zigaretten mit russischen Tabaken zu stopfen.

Da seit über 12 Jahren auch die Einkaufspolitik des Trusts bekannt war, hätten die übrigen Fabrikanten reichlich Zeit zur Bildung einer Einkaufsorganisation gehabt. Sie unterliegen das und beschrankten sich in der Trustabwehr im wesentlichen auf Desinformations. Gegenwärtig organisieren die verbliebenen Fabrikanten den Krieg untereinander. Durch derart Mittel ist es schwer, das Verderben des Trusts aufzuhalten.

Metalle. Obwohl von London wieder etwas höhere Ruppreise gemeldet wurden, gaben die Kupferpreise am Berliner Markt bei mangelnder Nachfrage leicht nach. Der Preis für Überlegerungen stieg bis auf 142½ Pf. für 100 Kilogramm. Auch die Rinnpreise waren etwas niedriger. Vanczinn stellte sich auf 402 und Aufstragzinn auf 401 Pf. für 100 Kilogramm.

Bankbruch.

Am Sonnabend schloß die Hanseatische Bank in Hamburg ihre Türen. Das überstieg ebensoviel wie die nicht erfolgte Wiedereröffnung der Türen, die für Montag angekündigt worden war. Schon seit dem im Jahre 1910 erfolgten Zusammenbruch des Niederrheinischen Bank in Dortmund war bekannt, daß es fault um die Hanseatische Bank bestellt war. Für 1912 wird der Fehlbetrag des Instituts, dessen Aktienkapital 2½ Millionen Mark betragen hat, auf 1,2 Millionen Mark geschätzt; eine Bilanz für 1912 ist noch nicht erschienen. Wegen Unvoraubarkeit wurde die Bank zur Beistung des Offenbarungsschiedes zugleich in fünf Fällen vorgeladen, ihre Vertreter erschienen indes nicht. Nun ist zum 23. September eine Generalversammlung einzuberufen, die über den Antrag auf Liquidation beschließen soll. Bis dahin bleibt es vorläufig bei dem Kapitalschluß. An dem schon erwähnten Zusammenbruch der Niederrheinischen Bank betrug der Verlust mehr als eine halbe Million Mark; auch aus anderen Verbindungen, zum Teil mit industriellen Unternehmungen, ergaben sich für die Hanseatische Bank gleichfalls beträchtliche Ausfälle.

Weitere Verfestigung der Sprechmaschinenindustrie. Von der Lindström-Aktiengesellschaft wird nicht nur die schon berichtete Aufnahme der Grünbaum u. Thomas-Al.-Ges. vorgenommen. Lindström erwirbt zugleich zwei Berliner Firmen der Sprechmaschinenindustrie, außerdem schwedische Verbindungen zur Fusion mit der Faborit-Felord-Al.-Ges. in London, die über ein Aktienkapital von 1,2 Millionen Mark verfügt. Aus Anlaß dieser Erwerbungen wird die Lindström-Aktiengesellschaft wieder zu einer größeren Kapitalerhöhung schreiten.

Konfurse im August. Nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitung. Die Bank sind im August 660 Konfurse eröffnet

worden gegen 879 im Juli 1912. Im August 1912 sind 680 Konfurse eröffnet worden. Bereits im Vorjahr und in der zweiten Hälfte 1911 erwies die Zahl der Konfurse eine starke Zunahme. Die Verstärkung der Lage des Geldmarktes veranlaßte die Banken zu umfangreichen Kreditaufnahmen, in erster Reihe wurden davon kleinere Ritter betroffen. Diese Steigerung der Konfurse seit Mitte 1911 muß bei einem Vergleich berücksichtigt werden, der geringen Abnahme der Konfurse in diesem Monat gegenüber dem Vorjahr dürfte deshalb keine allgemeine Bedeutung beigelegt sein.

Glühlampen. Die Gründungsaktivität in der Glühlampenindustrie und die Vergroßerung bestehender Anlagen ist, wie die *Wolfram-Lampen-Al.-Ges.* in Augsburg meint, in einem allgemeinen Zeitmaß erfolgt. Die Verbindungen, unter denen die Fabrikation der Metall-Lampen zu arbeiten habe, seien in dem abgelaufenen Jahre teilswegs leichter geworden. Mit harten Kämpfen müsse auch in Zukunft gerechnet werden, erfuhr ein Zusammenschluß der bestehenden Fabriken würde darin Wandel schaffen können. Vorzüglich hat sich die türkische Preisbewegung, die beim Schluss des Berichtsjahres durch eine erneute Heraufsetzung der Grundsteuer verhängt worden ist.

Ausgegangen sind die Preisberechnungen für Metallglühlampen der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, die durch wiederholte Preisermäßigungen der Wettbewerbsfähigkeit neuer Firmen entgegengestellt wollte. Die anderen Metallglühlampenfabriken schlossen sich dann den Maßnahmen der A. E. G. an. Die Westinghouse-Gesellschaft ist unlängst saniert worden, das Kapital von 3 Millionen Mark wurde durch Zusammenlegung der Aktien auf 600 000 R. herabgesetzt, damit erfolgte eine Erhöhung um 400 000 R., so daß das Kapital 1,06 Millionen Mark beträgt. Durch die dabei freigewordene Beträgen wurde die Unterhöhe bereitgestellt sowie größere Absatzförderungen vorgenommen. Auf 540 000 R. Verzugsaktien wird diesmal eine Dividende von 6 Prozent in Vorschlag gebracht, der Nettogewinn wird in Höhe von 168 000 R. gegen 528 011 R. Verlust im Vorjahr ausgewiesen. Die bei der Abstimmung des Berichts vorliegenden Statistiken für das laufende Jahr ergeben nach der Mitteilung der Verwaltung, daß die Fabrik mit Abschlüssen und Aufträgen für die neue Saison ausreichend versehen ist.

Zur Herbeiführung eines Zusammenschlusses in der Schwarmindustrie schwieben Verhandlungen, die bereits zu einem teilweisen Erfolg geführt haben sollen. Beabsichtigt ist eine enge Vereinigung sämtlicher Betriebe der Schwarmindustrie.

Ächter internationaler Transportarbeiter-Kongreß.

O. B. London, 27. August.

Zweiter Verhandlungstag.
Begrüßungen sind eingelaufen vom Generalvorsitzenden russischer Seeleute und von dem langjährigen Vorsitzenden der Konföderation du Travail, Ward, der sich gegenwärtig in einem Pariser Gefängnis befindet. Die heutige Sitzung wurde ausgießlich von einer sehr lebhaften Debatte über die gewerkschaftlichen Methoden. Am Vormittagssitzung kamen nur französische und holländische Syndikalisten zu Wort, die sehr heftige Angriffe gegen die deutsche Führung der I. T. G. richteten. Angegriffen wird der Vertrag, den Jodoh über die internationale Transportarbeiterföderation anlegte als internationale Sekretär erkannt und den dieser in seinem 3. Internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1911 veröffentlicht hat. Jodoh führt darin den starken Rückgang an Mitgliedern bei den französischen Eisenbahnen auf den mit syndikalistischen Methoden begonnenen und darauf zusammengebrochenen Streit zurück. Weiter schreibt er über Portugal: „Der gleich nach der Revolution importierte französische Syndikalismus hat unter den Organisationen viel Unheil angerichtet und die Mehrzahl an den Rand des Verderbens gebracht.“ Schließlich äußert er sich über die Frage, wie sich die Transportarbeiter im Kriegsfall verhalten sollen, folgendermaßen: „Die in jüngster Zeit aufgetretenen Behauptungen einiger reaktionärer Hofflächter, unsere Federation arbeite ausdrücklich darauf hin, daß im Falle einer Mobilisierung die friegäufrenden Rädte durch Anwendung der passiven Resilienzen des Streiks der Eisenbahner labymalgt werden, sind vollständig irreführend und willkürlich aus der Luft geprägt. Eine artliche Beziehung der Generalleitung, die ja für die I. T. G. verantwortlich ist, sowie ein auf obige Behauptung bezüglicher Besluß irgend eines Kongresses läßt sich nicht nachweisen. Die Anwendung von Streiks, Blockos und der passiven Resistenz, nicht nur zur Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch als politische Kampfmittel gegen Reaktionen, Regierungen und Parteien, zur Abwehr reaktionärer Maßnahmen oder Erringung politischer Rechte, ist durch Kongressbeschlüsse genau begrenzt. Von einer Anwendung dieser Mittel im Falle einer Mobilisierung ist nirgends die Rede, besonders nicht für die Eisenbahner. Die Regelung des wirtschaftlichen Kampfes der Eisenbahner ist in einer Weise vorgetragen, wie sie vorsichtiger in Rücksicht auf die volkswirtschaftliche, staatliche und völkerrechtliche Bedeutung der Eisenbahnen kaum gedacht werden kann. Hinzugefügt möge noch werden, daß die Anträge auf Blockierung der Waren oder Erträge eines Landes, wie auch einzelner Schiffe, entsprechend den aufgestellten Gründen, fest abgelehnt haben.“

London. Paris (Hafenarbeiter) bemerkte zunächst, daß er sich das Recht zur Kritik nicht nehmen lasse, wenn er auch zum ersten Mal auf einem internationalen Transportarbeiterkongreß erscheine. Aber er sei ein alter Kämpfer in der Gewerkschaftsbewegung, und wenn einmal neue Leute kämen, so sei das nur ein Beweis, daß in Frankreich die Funktionäre nicht auf Lebenszeit gewählt würden. Beim Generalrat schiene das Gefühl der Toleranz und der Brüderlichkeit nicht allzu stark entwidelt zu sein. Der Geist, der den Bericht des Sekretärs alleine, sei der der Engberigkeit und des unverdienten Misstrauens gegen andere Methoden. Die Franzosen würden darin nur angegriffen, weil sie ihre eigenen Wege gingen und nicht slawisch nachahmten, was Deutschland vornehme. In Portugal bereite die politische Krise in Permanenz; da sei es schwer, rechte Gewerkschaften zu bilden, es gehe nicht an, den französischen Syndikalismus dort zum Sündenbock zu machen. Soviel ein Streik ohne Erfolg bleibe, werde es sofort auf die direkte Aktion geschoben. Auch die Darstellung des Streiks der französischen Eisenbahner 1910 sei durchaus falsch. Der Streik war auf den Rehen der Nordbahn und den sozialistischen Westbahnen allgemein, wo die revolutionären Elemente unter den Eisenbahnern in der Mehrzahl waren. Auf den östlichen Rehen, wo die Freunde der deutschen Taktik die Führung hatten, seien man zu großem Vertrauen in das Ergebnis der politischen Aktion und die Streikbewegung gespannt. Solche Begeisterung und Kampfesmut geherrscht, so hätte der Streik Erfolg gehabt. Falsch sei es auch, wenn der Bericht von einer Föderation der französischen Hafenarbeiter, Seeleute und Eisenbahner spreche. Davor sei nie die Rede gewesen. Man habe nur über ein Kartell zu bestimmten Zwecken verhandelt, zu gemeinsamen Aktionen bei großen Streiks, zu denen auch die Bergarbeiter herangezogen werden sollten. Die deutschen Gewerkschaften stellten eine materielle Einheit von Lohnarbeiter dar mit einer Leitung, die über die Räte hinweg reichte. Die Mitglieder würden als unfähig zur persönlichen Mitarbeit betrachtet und als Leute ohne jede Initiative, die nur den blinden Gehorsam befolgten müssen, den die Kirche seit Jahrhunderten gepredigt habe. (Reden bei den Deutschen.) Die französische Gewerkschaftsmethode appelliert an den Kampfgeist und die persönliche Initiative des einzelnen. Besonders lebhaft protestiert Redner gegen die Ämterungen des Berichts über die passive Resistenz und die Streiks bei einer Mobilisierung. Es sei die Pflicht eines jeden Transportarbeiter, sich zu weigern, an der Vorbereitung zu einem Krieg teilzunehmen. Auch der internationale Bergarbeiterverband habe erklärt, daß bei einer Kriegserklärung sofort die Förderung der

Fabrik ein gestoppt werden soll. Auch im wirtschaftlichen Kampf sei die Beigabe, die Schiffe zu entladen, ein bestes Mittel, die Kapitäne niederzuholen, als die einfache Ballung von Beiträgen. Die französische und die deutsche Regierung verhalten sich im sozialen Krieg zueinander wie ein Soldat zum Verküppel. Wir wollen kein gewerkschaftliches Verküppel haben, wo die Soldaten die unverantwortlichen Maschinen in den Händen der mit dictatorischer Gewalt ausgerüsteten Befehlshaber sind. (Beifester Beifall bei den Franzosen.)

Ein in der d. Pariser Transportarbeiter erklärt den Bericht gleichfalls für tendenziös. Nach der Meinung der Deutschen längst alles nichts, was ihnen nicht bis ins einzelne nachgemacht wurde. So erklärt der Bericht auch den Solidaritätskreis für zwecklos. Damit schließe man der Arbeiterbewegung ins Gesetz; denn diese beruht auf Solidarität. Die deutsche Methode ist die des sozialen Friedens, die Organisationen kämpfen um höhere Löhne und längere Arbeitszeit, aber ihre Erfolge beruhen ja nicht bloß auf ihren gefüllten Koffern, sondern auch auf der industriellen Entwicklung des Landes. Entscheidend sei auch das Temperament. Was in Deutschland möglich sei, sei in Frankreich und England häufig unmöglich. Unsere Methode ist die der Kampfslust. Gewiß wären auch bei uns die Vorteile, die wir erringen, noch größer, wenn man in Hand mit der Kampfslust auch die methodische Arbeit ginge. Die Deutschen marschierten nicht, wenn nicht die Reichheit einen Streit beschlossen hat. Aber auch Minoritäten können Erfolge erzielen, so die 3. T. R. soll nicht bloß ein Auskunftsbüro sein, sondern mit daran arbeiten, daß revolutionäre Idee zu verwirklichen. So muß dieser Kongreß durchaus beschließen, was im Falle eines Krieges geschehen soll.

Einen in Holland (Seeleute) beschwert sich über die Aufnahme der zweiten sozialdemokratischen Transportarbeiterorganisation in die I. T. G. und darüber, daß der Centralrat dem holländischen Antrag nicht entsprochen und die Frage des Verhältnisses der Transportarbeiter im Falle eines Krieges nicht auf die Tagessitzung gelegt habe. Er habe es mit der Begründung abgelehnt, daß man mit solchen Vorschlägen die Eisenbahner aus der I. T. G. hinausstreiche. Das wäre Selbstmordtat. Diese Antwort genügt nicht, seine Organisation verlange absolut die Diskussion dieser Frage. Der Redner schließt: In Holland nennt man uns Anarchisten. Das trifft leider nicht zu. (Hört, hört!) Somit sind wir noch nicht „hört, hört!“ Sie nennen uns aber mit Stolz Syndikalisten, weil wir mehr wollen als die andern Organisationen, nämlich die Abschaffung des kapitalistischen Systems.

An den Bergr.-Holland: Der Centralrat verband hätte die andere holländische Organisation, die Volksharding, nicht mehr aufnehmen, sondern die Entscheidung dem Londoner Kongreß überlassen. Schlechter Wille ist es nicht, der eine Versammlung der beiden Organisationen hindert. Schon vor mehreren Jahren wurde die Versammlung der zwei Eisenbahnarbeitergewerkschaften vollzogen und gerade die moderne oder sozialistische Gewerkschaft war es, die sich im Jahre 1907 von uns trennte und einen Verband nach deutschem centralistischen Muster gründete.

Am den Bergr.-Holland: Der Centralrat verband hätte die andere holländische Organisation, die Volksharding, nicht mehr aufnehmen, sondern die Entscheidung dem Londoner Kongreß überlassen. Schlechter Wille ist es nicht, der eine Versammlung der beiden Organisationen hindert. Schon vor mehreren Jahren wurde die Versammlung der zwei Eisenbahnarbeitergewerkschaften vollzogen und gerade die moderne oder sozialistische Gewerkschaft war es, die sich im Jahre 1907 von uns trennte und einen Verband nach deutschem centralistischen Muster gründete.

Ein in den Niederlanden (Seeleute) schreibt über die Aufnahme der zweiten sozialdemokratischen Transportarbeiterorganisation in die I. T. G. und darüber, daß der Centralrat dem holländischen Antrag nicht entsprochen und die Frage des Verhältnisses der Transportarbeiter im Falle eines Krieges nicht auf die Tagessitzung gelegt habe. Er habe es mit der Begründung abgelehnt, daß man mit solchen Vorschlägen die Eisenbahner aus der I. T. G. hinausstreiche. Das wäre Selbstmordtat. Diese Antwort genügt nicht, seine Organisation verlange absolut die Diskussion dieser Frage. Der Redner schließt: In Holland nennt man uns Anarchisten. Das trifft leider nicht zu. (Hört, hört!) Somit sind wir noch nicht „hört, hört!“ Sie nennen uns aber mit Stolz Syndikalisten, weil wir mehr wollen als die andern Organisationen, nämlich die Abschaffung des kapitalistischen Systems.

An den Bergr.-Holland: Der Centralrat verband hätte die andere holländische Organisation, die Volksharding, nicht mehr aufnehmen, sondern die Entscheidung dem Londoner Kongreß überlassen. Schlechter Wille ist es nicht, der eine Versammlung der beiden Organisationen hindert. Schon vor mehreren Jahren wurde die Versammlung der zwei Eisenbahnarbeitergewerkschaften vollzogen und gerade die moderne oder sozialistische Gewerkschaft war es, die sich im Jahre 1907 von uns trennte und einen Verband nach deutschem centralistischen Muster gründete.

Ein in den Niederlanden (Seeleute) schreibt über die Aufnahme der zweiten sozialdemokratischen Transportarbeiterorganisation in die I. T. G. und darüber, daß der Centralrat dem holländischen Antrag nicht entsprochen und die Frage des Verhältnisses der Transportarbeiter im Falle eines Krieges nicht auf die Tagessitzung gelegt habe. Er habe es mit der Begründung abgelehnt, daß man mit solchen Vorschlägen die Eisenbahner aus der I. T. G. hinausstreiche. Das wäre Selbstmordtat. Diese Antwort genügt nicht, seine Organisation verlange absolut die Diskussion dieser Frage. Der Redner schließt: In Holland nennt man uns Anarchisten. Das trifft leider nicht zu. (Hört, hört!) Somit sind wir noch nicht „hört, hört!“ Sie nennen uns aber mit Stolz Syndikalisten, weil wir mehr wollen als die andern Organisationen, nämlich die Abschaffung des kapitalistischen Systems.

Ein in den Niederlanden (Seeleute) schreibt über die Aufnahme der zweiten sozialdemokratischen Transportarbeiterorganisation in die I. T. G. und darüber, daß der Centralrat dem holländischen Antrag nicht entsprochen und die Frage des Verhältnisses der Transportarbeiter im Falle eines Krieges nicht auf die Tagessitzung gelegt habe. Er habe es mit der Begründung abgelehnt, daß man mit solchen Vorschlägen die Eisenbahner aus der I. T. G. hinausstreiche. Das wäre Selbstmordtat. Diese Antwort genügt nicht, seine Organisation verlange absolut die Diskussion dieser Frage. Der Redner schließt: In Holland nennt man uns Anarchisten. Das trifft leider nicht zu. (Hört, hört!) Somit sind wir noch nicht „hört, hört!“ Sie nennen uns aber mit Stolz Syndikalisten, weil wir mehr wollen als die andern Organisationen, nämlich die Abschaffung des kapitalistischen Systems.

Ein in den Niederlanden (Seeleute) schreibt über die Aufnahme der zweiten sozialdemokratischen Transportarbeiterorganisation in die I. T. G. und darüber, daß der Centralrat dem holländischen Antrag nicht entsprochen und die Frage des Verhältnisses der Transportarbeiter im Falle eines Krieges nicht auf die Tagessitzung gelegt habe. Er habe es mit der Begründung abgelehnt, daß man mit solchen Vorschlägen die Eisenbahner aus der I. T. G. hinausstreiche. Das wäre Selbstmordtat. Diese Antwort genügt nicht, seine Organisation verlange absolut die Diskussion dieser Frage. Der Redner schließt: In Holland nennt man uns Anarchisten. Das trifft leider nicht zu. (Hört, hört!) Somit sind wir noch nicht „hört, hört!“ Sie nennen uns aber mit Stolz Syndikalisten, weil wir mehr wollen als die andern Organisationen, nämlich die Abschaffung des kapitalistischen Systems.

Ein in den Niederlanden (Seeleute) schreibt über die Aufnahme der zweiten sozialdemokratischen Transportarbeiterorganisation in die I. T. G. und darüber, daß der Centralrat dem holländischen Antrag nicht entsprochen und die Frage des Verhältnisses der Transportarbeiter im Falle eines Krieges nicht auf die Tagessitzung gelegt habe. Er habe es mit der Begründung abgelehnt, daß man mit solchen Vorschlägen die Eisenbahner aus der I. T. G. hinausstreiche. Das wäre Selbstmordtat. Diese Antwort genügt nicht, seine Organisation verlange absolut die Diskussion dieser Frage. Der Redner schließt: In Holland nennt man uns Anarchisten. Das trifft leider nicht zu. (Hört, hört!) Somit sind wir noch nicht „hört, hört!“ Sie nennen uns aber mit Stolz Syndikalisten, weil wir mehr wollen als die andern Organisationen, nämlich die Abschaffung des kapitalistischen Systems.

Ein in den Niederlanden (Seeleute) schreibt über die Aufnahme der zweiten sozialdemokratischen Transportarbeiterorganisation in die I. T. G. und darüber, daß der Centralrat dem holländischen Antrag nicht entsprochen und die Frage des Verhältnisses der Transportarbeiter im Falle eines Krieges nicht auf die Tagessitzung gelegt habe. Er habe es mit der Begründung abgelehnt, daß man mit solchen Vorschlägen die Eisenbahner aus der I. T

Wirtschaftliche Umschau.

Kapitalistische Geschäftspraxis.

In den letzten Wochen hat eine Reihe von Ereignissen auf dem Aktienmarkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Der „Fürstensongen“ hat einen „Liquidationsausverkauf“ veranstaltet; an seine Stelle treten neue Besitzer, die zum Zeit ebenso ein Phänomen in der heutigen Wirtschaftsgeschichte darstellen. Zugleich hat sich ein recht charakteristischer Kampf zwischen Krupp und Ehrhardt abgespielt. Am einzelnen wurde schon über diese Ereignisse in unserer Zeitung laufend berichtet. Es verloren sich aber, sie nochmals zu betrachten, um ihren allgemeinen wirtschaftlichen Sinn hervorzuheben.

Bei dem

Fürstenkonzern

handelte es sich um folgendes: Der Fürstentum hat sehr viele Unternehmungen auf den verschiedenartigsten Gebieten vereinigt. Er deutete Steinkohlen-, Zinn-, Kali- und Braunkohlengruben aus, richtete Schiffsahrtsslinien, Omnibusse, Versicherungsgesellschaften ein, machte in Terrainpekulationen, beteiligte sich an Warenhäusern usw. usw. Nutz, die fürstlichen Kapitalbesitzer wollten überall dabei sein, wo nur Profit zu holen ist. Nun ist es heute ein leichtes, sich an den mannigfältigsten Unternehmungen zu beteiligen, wenn man nur genügendes Kapital dazu hat. Man braucht sich nur Aktien verschiedener Gesellschaften zu verschaffen. Allein unsere erlauchten Herrschaften wollten sich keineswegs mit der bescheidenen Rolle von Couponabschneidern und Dividendenempfängern begnügen, sondern überall den maßgebenden Einfluss ausüben, die anderen Unternehmer sich dienstbar, nützlich machen. Der gewöhnliche Aktionär erhält im allgemeinen bloß den Zins auf sein Kapital. Der Großaktionär dagegen heimst den Unternehmerprofit ein. Unter Umständen, wenn die Industrie fortisiert ist, fällt ihm somit den Großbanken noch die Kartellrente zu.

Die Grobgrundbesitzer, die ihr jetzt rasch ansteigendes Kapital vertreiben wollen, legen ihr Geld in Aktien an, summieren sich um die Unternehmungen weiter nicht, sondern beschränken sich darauf, ihre Dividenden regelmäßig zu erheben. Anders der Fürstenkonzern. Er drängte sich in verschiedene Unternehmungsgebiete ein, versuchte sich überall eine herrschende Stellung zu verschaffen, um sich hohen Profit zu sichern. Dazu reichte aber seine Kapitalmacht nicht aus. Sein gewaltiges Vermögen liegt zum großen Teil in fideikommissarisch gebundenem Grundbesitz fest. Aber auch sonst würde gegenwärtig noch kein Privatvermögen dazu ausreichen, mehrere Industriegewerbe zu beherrschen, überall die entscheidende Stellung einzunehmen, die allein den Kapitalisten zum „Unternehmer“ macht, der nicht bloß sein Kapital vergiebt, sondern auch noch einen Profit herausbekommt. Nur das in Banken konzentrierte gesellschaftliche Kapital ist imstande, eine solche Stellung mehreren Industriegewerben gegenüber zu erlangen. Das Privatvermögen auch noch so reicher Fürsten genügte nicht. Dazu kam noch die ganz verfehlte Art der Geschäftsführung dieser Fürsten.

legste Art der Weisheitsführung dieser Jurten.

Der Großgrundbesitzer kann fast seine ganze Rente verjahren oder dafür Aktien irgendeiner Gesellschaft kaufen. Für die Erhaltung seiner Einnahmequelle braucht er wenig zu sorgen. Anders muß ein kapitalistischer Unternehmer verfahren. Er muß für den Ersatz seines Kapitals sorgen, also Abschreibungen machen. Die Maschinen werden in der Regel aber bedeutend früher veraltet als abgenutzt. Die soziale Lebensdauer der Maschine ist viel kürzer als ihre natürliche. Deshalb müssen die Abschreibungen eben der Wechsel der Technik angepaßt sein, feineswegs bloß den wirklich abgenutzten Teil der Maschinen ersparen. Damit noch nicht genug. Jedes Unternehmen muß mit Konjunkturschwankungen rechnen. Die fetten Jahre wechseln mit den mageren. Der Aktionär wünscht aber eine stetige Dividende. Denn er rechnet mit ihr in seinem Haushalt. Soll er das Risiko der Konjunkturschwankungen tragen, so wünscht er dafür eine höhere Rente. Deshalb stehen die Kurse der Aktien jener Unternehmungen am niedrigsten, die nur eine schwankende Dividende zahlen können. Umgekehrt streben die großen Unternehmungen danach, eine stetige Dividende aufrechtzuhalten. Dazu dienen ihnen vor allem die stillen Reserven, b. h. solche Reserven, die dem Fernstehenden unbemerkbar bleiben und die in schlechten Jahren dann realisiert werden. Diese stillen Dividenden werden meistens dadurch gebildet, daß das Unternehmen einen Posten von Aktien zu niedrigem Kurs in die Bilanz einsetzt, die es im Falle der Not zu bedeutend höheren Kurse veräußert. So verhält auch die Deutsche Bank jetzt mit den Aktien der Europäischen Petroleum-Union, die bei ihr sehr niedrig zu Buche stehen und die sie jetzt an die Steaua Romana zu hohem Kurse abtritt, eine ihrer stillen Reserven realisierend, um irgendwelche Verluste zu decken, die sie in diesem Jahre erlitten hat. Die Dividende soll gleichmäßig bleiben, damit man die Aktionäre mit dem Zins abschließen kann, während die wirklichen Leiter der Unternehmungen den Profit einfälschen.

Wichtiger als die italienischen Referenzen sind die offenen, die so gehalten werden müssen, daß sie die Aufdehnung des Unternehmens gestatten und seine Position im Kampfe gegen die Konkurrenz stärken. Der Industrielle muß deshalb vor allem auf die Akkumulation des Kapitals bedacht sein. In welchem Maße dieses Gebot der kapitalistischen Wirtschaftsweise befolgt wird, zeigen die Klagen der Luxuswarenproduzenten in schlechten Konjunkturjahren, daß der Absatz ihrer Produkte sehr rasch zurückgehe. Auch in den verflossenen Hochkonjunkturjahren soll in Folge der Geldknappheit und Unsicherheit der Geschäftslage der Diamanteneoblaß relativ gering gewesen sein.

Die fürstliche Geschäftspraxis war aber die des Großgrundbesitzers, der mit seinem Boden Raubbau treibt: durch Ausschüttung von hohen Dividenden wurden die Unternehmungen des fürstlichen Konzerns kapitalschwach. Der Fehler war um so größer, als sie fast immer einen heftigen Konkurrenzkampf zu bestehen hatten.

Wurde erlaubt, die Dividende auf 5 Prozent und 1910/11 sowie 1911/12 gar auf 11 Prozent (von 80 Millionen) herausgetrieben. Was die erlauchten Herren mit diesen Millionen-Dividenden gemacht haben, ob sie sie gegen Ausländer, Diamanten und Schlösser ausgetauscht oder in neue Aktien anderer Unternehmungen gestellt haben, ist für das Gedächtnis der Hohenlohe-Werke schließlich Nebensache: durch diese Dividendenpolitik mussten die Hohenlohe-Werke geschwächt, den Bürmen der Zeit preisgegeben werden.

Der letzte Geschäftsbericht der schon unter anderer Leitung stehenden Hohenlohe-Werke erklärt offen, daß die Verwaltung große Rückstellungen gemacht hat und reduziert deshalb die Dividende auf 8 Prozent. Der Hinweis des Gerichts auf die Verluste des Werkes infolge des Arbeitstreiks und der gefürchteten Zinspreise ist als bloße Ausrede zu betrachten. Denn der Streik könnte nur in ganz geringem Maße das Ergebnis des Unternehmens beeinflussen, die Zinspreise sind aber bloß in allerleitester Zeit herabgegangen und vermochten deshalb nicht das Ergebnis des letzten Jahres zu beeinflussen. Der Gewinn dieses Jahres ist gewiß nicht geringer als der vorhergehenden. Nur die Geschäftspraxis hat sich geändert und inselgedessen wurde die Dividende reduziert: die fürtstlichen Geschäftsherren müssen sich schon an die bürgerliche „Sparsamkeit“ gewöhnen, wenn sie industrielle Unternehmer sein wollen.

Die Technik der Kraftomnibusse hat in der letzten Zeit
hervorragende Fortschritte gemacht, so daß die Kosten von 70
auf 50 Pf. pro Wagenkilometer gesunken sind. Nun bekamen,
nach den Informationen des fundigen Korrespondenten der
Frankfurter Zeitung, die beiden höheren Berliner Transport-
unternehmungen die Konkurrenz des Omnibusses zu spüren,
da dieser den Vorsprung genießt, die belebteren Straßen durch-
fahren zu können und nicht in kostspieligen Peripherielinien
kilometerweit auslaufen zu müssen. Nun benutzen jetzt beide
Unternehmungen Omnibus-Aktien und werden sich in ihrem
"Omnibusprogramm" verständigen. Der erwähnte Bericht-
erstatter der Frankfurter Zeitung sagt: „Eine solche Verständi-
gung wird naturgemäß die fünfjährige Anpassung der Omnibus-
linien an die eigenen Bedürfnisse der Großaktionäre be-
treffen, insbesondere die Vermeidung verlustbringender Kon-
kurrenzierung durch das Omnibusunternehmen und schließlich
auch innerhalb der konzessionsmäßigen Grenze Fahrplan- und
Tarifskombinationen, von denen man nur wünschen muß, daß sie
auch die Interessen der unabhängigen Aktionäre schützen.“
Dieser naive Wunsch, der darauf ausläuft: Wasch den Pelz,
ohne ihn nah zu machen, lebt immer wieder, obgleich jeder
Tag aufs neue beweist, daß die Monopole und „Verständi-
gungen“ aller Art nur auf Kosten des Publikums geschehen, daß
die Monopol gewinnt und aufzubringen hat. Alle anderen Zweige
der Produzentenverständigungen sind doch nur Nebenjagd.

In der monopolistischen Ausbeutung des Publikums besteht auch die Kunst der „Saniierung“, die von der Deutschen Bank jetzt an den sehr verschobenen fiktiven Unternehmungen vorgenommen wird. Der Fürstenkonzern wollte überall herrschen. Das war unmöglich. Um aber für die notwendig gewordenen Aktienverläufe hohe Aufschlussgewinne zu erzielen, tritt die Deutsche Bank diese Aktien an die früheren Konkurrenten des Fürstenkonzerns oder an solche Personen ab, die mit ihrer Hilfe Monopolgewinne in Aussicht haben und daher bereit sind, diese Aktien zu hohem Kurs zu kaufen. So handelt sie nicht nur mit den Omnibusaktien, sondern auch mit den Aktien der Niederlausitzer Kohlenbergwerke, die sie an den böhmischen Braunkohlenhändler Petschel abtrat, der nach der Monopolisierung des Briketthandels strebt. Petschel ist Händler, hat aber in der böhmischen Braunkohlenindustrie festen Fuß gesetzt und sucht auch seine Position in der deutschen

Auch bei der Besprechung der Betriebskonsolidierungen stellte sich die bürgerliche Verteilungsforderung und Äußerung des Deutschen Reiches in

die er in Böhmen führt. Natürlich werden solche Wünsche seinen Einfluß auf die wirkliche Gestaltung der Dinge ausüben. Der geriebene Geschäftsmann weiß sehr gut, warum er Braunkohlenbergwerks-Aktien zu hohen Preisen kauft: der wissende Monopolgewinn wird ihn dafür entlohnen. Lebriegen tritt noch ein anderer als Käufer von Braunkohlenbergwerks-Aktien hervor: Ist es Bethsches Konkurrent, Weinmann? Auf jeden Fall scheint es in der Braunkohlenindustrie noch zu einem heftigen Kampfe kommen zu wollen. Und da ist die Berechnung des Berliner Tageblatts beachtenswert, daß Bethsche, dessen Vermögen auf 70 bis 100 Millionen Kronen geschätzt wird, allein in der deutschen Braunkohlenindustrie ein Kapital von 70 Millionen Mark investiert hat, daß er also mit großem Bankkredit arbeiten muß. Ob sich das von Bethsche aufgerichtete Gebäude im Konkurrenzkampfe wird bewahren können, bleibt abzuwarten. Für uns kommt es mehr darauf an, die Methoden festzustellen, mit deren Hilfe das moderne Großkapital seine Herrschaft errichtet: Konzentration des ganzen Gewerbezweiges in einzelnen Händen, im Gegenzug zu der fürstlichen Geschäftspraxis, die eine Bersplitterung der fürstlichen Kapitalmacht bedeutete.

Im Gegensatz zu den adeligen Familien, die industrielle Unternehmer werden wollen, kennen die geadelten Großkapitalisten die kapitalistische Geschäftspraxis aus dem ff. So wird wohl niemand

der Firma Krupp

vorwerfen, sie versiehe sich schlecht auf das Profitmachen. Sie kennt alle Border- und Hinterwege sehr gut, sie weiß, wie die Konkurrenten aus der Welt zu schaffen sind. Das hat nicht nur der lezte Krupp-Prozeß gezeigt, das trat jetzt auf der Generalversammlung der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik wiederum deutlich hervor. Dieses Unternehmen, das die Ehrhardtischen Geschüsse herstellt, ist längst ein Dorn im Auge Krupps. Viele Jahre mühevoller Arbeit hatte Ehrhardt, der Erfinder der Rohrtücklauf-Geschüze, dazu gebraucht, um Krupps Monopol bei der deutschen Heeresverwaltung auch nur ein wenig beiseite zu schieben. Den größten finanziellen Schwierigkeiten ist sein Unternehmen in dem harten Kampfe ausgesetzt gewesen. Erst in den letzten Jahren gelang es, die Rheinische Metallwarenfabrik zu etwas besseren finanziellen Ergebnissen zu führen. Sie hat zwar ihren Aktionären noch keinen Dividendengewinn verschafft, aber das Werk konnte wenigstens innerlich gefestigt werden. Für das laufende Geschäftsjahr wollte man zum ersten Male nach zwölf Jahren wieder eine Dividende zur Ausschüttung bringen. Vorher aber sollten alte Aktienrechte beseitigt werden, um dem Unternehmen endlich die Möglichkeit einer besseren Entwicklung zu gewähren. In den Jahren 1902 und 1905 wurden Vorzugsaktien ausgegeben, deren Besitzern ein Anspruch auf eine Dividende von 6 Prozent eingeräumt worden war. Die Gesellschaft verpflichtete sich, diese Dividende aus den Gewinnen späterer Jahre zu zahlen, wenn die Erträge schlechter Jahre hierzu nicht ausreichen. Der Fall trat ein. Schon im Jahre 1904/05 konnte die Dividende nicht aufgebracht werden, und noch immer besteht daher der Anspruch auf die Nachzahlung, sobald die Gesellschaft einen verteilbaren Reingewinn in ihrer Bilanz auszuweisen vermag. Der Aufsichtsrat der Rheinischen Metallwarenfabrik beriet daher eine Generalversammlung ein, um die Ablösung der Dividenderechte auf die Vorzugsaktien zu erwirken. Den Besitzern der Vorzugsaktien wollte man eine sehr hohe Entschädigung dafür gewähren, und zwar in der Form von Obligationen, die die Gesellschaft aber bloß mit 150 000 M. jährlich belastet hätten, statt der jährlichen Vorzugsdividende von fast 700 000 M. Das wäre in doppelter Hinsicht für die Gesellschaft wichtig: sie könnte mehr Kapital akkumulieren und durch Auszahlung von einer Obligation neue Kapital heranziehen. Das wollte aber eben ~~zu~~ ^{zu} verhindern. Er hat deshalb die Mehrheit der Aktien aufgekauft und den ganzen Plan der Verwaltung zu Fall gebracht. Damit bleiben die Vorzugsaktien bestehen und die Kapitalerhöhung für die Rheinische Gesellschaft ist unmöglich gemacht. Das Aktiengesetz schreibt im § 218 vor, daß eine Erhöhung des Grundkapitals in gesonderter Abstimmung von den Aktionären jeder Gattung beschlossen werden muß, wenn mehrere Arten von Aktien vorhanden sind. Diese Bestimmung besagt nichts anderes, als daß eine Generalversammlung der Rheinischen Metallwarenfabrik trotz des hohen Aktienkapitals von 12,8 Millionen Mark nicht in der Lage ist, eine Kapitalerhöhung zu beschließen, wenn Besitzer von Stammaktien im Nominalwerte von 188 000 M. einen solchen Beschluß zu Fall bringen wollen. Denn auch die gesonderte Abstimmung der Stammaktionäre muß im Falle einer Kapitalerhöhung mit einer Mehrheit von drei Vierteln des vertretenen Grundkapitals erfolgen. Im Jahre 1910 waren es an der Berliner Börse seines Geheimnis, daß Krupp Aktien und Vorzugsaktien der Rheinischen Metallwarenfabrik durch Mittelspersonen in großen Beträgen auslaufen ließ. Der Kurs der Stammaktien notierte damals etwa 75 Prozent. Er brauchte also nur eine Summe von rund 140 000 M. anzulegen, um jede Kapitalerhöhung der Konkurrenz zu verhindern.

Auf diese Weise schlägt Krupp seine Konkurrentin tot und erwingt das Deutsche Reich, ihm Monopolpreise zu zahlen. Geht es also nicht mittels Bestechung von Beamten, die eine Kappalie löstet, so spart Krupp aus an Hunderttausenden nicht, um sein Ziel zu erreichen: das ist geschichtliche Weltgeschichte.

Enactments

Gewerkschaften! Vereine!

Diese Woche
während des Umbaus
viele Instrumente
ca. zur Hälfte des Preises
Tappert, Wettinerstr. 34

Kaitz!
Tafel - Birnen
Günstig zu verkaufen. [B 2503]
Schmeckbares D. Butterre.
Der Stein vom K 211
Begräbnis Bebbels

**Zahn ersatz :: zu mässigem Preis u. leichte-
plomben :: Zahlung empfiehlt ::
Dentist Max Flach.**

**Leib-Binden ::
Monatsgürtel, Spritzen
zu Wall's A**

Ankleider
(Schneide) für abends sofort
gefertigt. **Albert-Theater**.



ihm fatal. „Wie“, rief ihm der Bauerin, „wenn du sagst, du hättest Jochen bloß aus der Kammer weichen wollen!“ Das war ein faulster Gedanke. Tatsan wollte er auf Grund dessen Frau gegenüber. Dem Jochen würde er auf Grund dessen sofort den Dienst ausschützen, die Trina aber behalten. Da schlug es nicht nur zwei, sondern drei Hörigen mit einer Klappe. Er konnte seiner Frau den Mund stopfen und brauchte nicht vor seinem Sohne zu erscheinen, wurde dem Rebenbaumer los und fand wiederum bei dem Trina eher etwas ausdrücken.

Rach einiger Zeit kam die Bauerin in die Stube, und da sie den Bauerin ununterkundig fand, sagte sie ihm, er solle aufstecken. Trina und Jochen wendeten sofort den Dienst verloren nach den Vorgängen dieser Nacht.

„Was willst du?“ meinte der Bauer lauernd. „Jochen kann mindestens gehen.“ Das hieß ein sumt von füßen zuzusetzen. Wie ich gestern nach dir kam, kam ich groß herein, wie ich in Trina in die Kammer eingekrochen. Es ist mir so Nebenstellen will, sollt du über mir her wölken Wilder. Na, da bin ja bestauskommen. Aber Trina kann jetzt nicht gehen. Rich eher, wie Eher, wo ihr Zuhause ist. Ich kann jetzt in Zimmer um hümmern und mit Ihnen ohne Furcht ausheben.“

Die Bauerin, die nach diesem bestimmten Auftreten des Bauers nun selber an seine Darstellung glaubte, war sehr froh, daß sich die Sache so auflöst. Sie hatte noch den nächsten Nachmittag gar nicht mehr daran gedacht.

Sie ging hinaus und fügte dem Riedel, der Bauer wollte ihn jetzt gehen lassen. Er wußt' seine Sochen wieden. Trina müsse aber bibbeln bis Osten.

„Der Tag kriegt id länger in jolden Quo, wo en be Pur nich geh' id let in di de Berlin in de Kammer kumm.“

Auch Jochen bestätigte aufs entschiedenste dagegen. Er kann sich leichtlich denken, was den Bauern zu diesem Verhalten bringt.

„Ich geh' id Quo di minen Badder!“ beruhigte Trina ihrem Brüder. Sie waren in der Nacht vollkommen einsig geworden im Trinas Kammer, schafft den Dienst zu verloren. Trina sollte zu ihrem Vater gehen und ihre Aussteuer fertig machen, und kann wollten sie betrachten, so bald als möglich.

Als der Bauer zur Stube hervorkam und die beiden zeitlosfertig stehen sah, lächelte er höhnisch. „Trina, du Künft bist!“ sagte er kurz bestimmt. „Ach du“, wandte er sich an Jochen, „kannst kosten, daß du mir minen Hof zumuntermitteln, künft ist di mit de Künft' nünnernbelgen, und ist di ja hier nicht mehrer sehn. Hier liegt dir Geld.“ Da kannst frech sin, dat id di mich noch zu Angel' bring.“ Sunnt kannst du noch im's Spinnhus.“

Trina sah Jochen überrascht an. Diesem schwoll angefacht die Freiheitlichkeit mächtig die Wut.

„Trina, du gehst mit! Das kannst du so passen, Pur, das du dat arme Ding allein hier beholst. Kumm, Trina!“

Der Bauer machte keine, das Wäldchen mit Gewalt zu zwingen, aber angesichts der entschlossenen Miene des aufsäuglichen Jochens, der seinen beiden Ausköstern festgelegt hielt, begnügte er sich damit, zu rufen: „Id ist di durch'n Schadarm herübergegangen, los man!“

Sie gingen schwiegend über die weite, selle Weite und glaudten, der Weg liege nun ganz vor ihnen. Aber sie hatten nicht mit der Weitlings und der Weitlichkeit des Bauern gerechnet und ebenso nicht mit der Slabendessell des Geistes, der Weitheit.

Als die beiden jungen Leute den Hof verlassen hatten, lachte der Bauer höhnisch auf:

„Id geh' giesst hoi' co' Amt, de Dern mit wodder her. Wit' Osten mutt se hier bleissen. Dat will si doch mal sehn!“

Trug des Zurchens der Bauerin, die Sache doch nun zubringen zu lassen, es entstande nur Gerechtigkeit über die Geschichte. Ich er sich nicht halten. Er kamte den Körbtagen an und lud einige Sache Weitze auf, die er bei der Gelegenheit gleich mit loslöschen wollte beim Müller. Er brauchte Geld zu Weitheitengängen.

Auf dem Hof wurde ihm versichert, daß er im Recht sei. Das Weitje wußte ihm bestmöglich werden. Was wirkt jetzt sonst so lächerlich Weitheitengänge gegen das ländliche Weitdeutung. Wenn jeder Weitheitengang liefet sie aus dem Dienst und in die Säule. Den möglic ein Stück voneingeschoben werden. Weitheitengang stellt es das Amt und führt, während er das kein abrufen wird sich in einem Wirtschaftshof gehäuft habe, nach Hause.

Hier hinnahm begann nach dem Weggang der beiden Weitheitengänge eine schwere Zeit. Der Bauer wollte vor Ihnen keine Weite mehr annehmen, weil im Winter ja doch nicht viel

zu tun sei und der Junge ganz gut einen Anrecht ersehen förmte.

Da hieß es sehr ruhig und läufig zuwohlen, denn die Hütterung der Fälle, Schweine und Pferde, das Räumen und Streuen der Fälle mochte natürlich auch im Winter geschehen, und der Bauer, der seit dem Vorfall in jener Nacht noch mehr im Arsch lag, stand mangels nicht so gering auf und schaute dafür um so mehr auf den eingeschneiten Raummann“, denn er sah die noblen Weitheitengänge betrüben los und fand wiederum bei dem Trina eher etwas ausdrücken.

Rach einiger Zeit kam die Bauerin in die Stube, und da sie den Bauerin ununterkundig fand, sagte sie ihm, er solle aufstecken. Trina und Jochen wendeten sofort den Dienst verloren nach den Vorgängen dieser Nacht.

„Was willst du?“ meinte der Bauer lauernd. „Jochen kann mindestens gehen.“ Das hieß ein sumt von füßen zuzusetzen. Wie ich gestern nach dir kam, kam ich groß herein, wie ich in Trina in die Kammer eingekrochen. Es ist mir so Nebenstellen will, sollt du über mir her wölken Wilder. Na, da bin ja bestauskommen. Aber Trina kann jetzt nicht mehr mindestens machen. Von einem Tag zum anderen soll der Bauer dinnau, ob die Trina nicht bald kann. Sie hätten ihm doch auf dem Hof versichert, sie würden es schon besorgen.

Aber Trina kann nicht. Statt dessen kam eines Tages der Gembarn und fragte, ob die entlausene Magd wieder gefeuert sei, und einige Wochen darauf kam eine Vorladung aus Weit, Sachen in Sachen der Katharina Röhl. Der Bauer, die Bauerin und Trina waren als Zeugen geladen und ebenso der Freiherrn Petter.

Die Bauerin war sehr erschrocken. Was soll das sein?

Der Gembarn fasste die Achseln, und der Bauer meinte: „Du, was soll da weiter hin; se wörf' ich wohl weit abprechen, weil se nich kommen id.“

Als der Trina herangekommen war, machte sich der Bauer auf mit seiner Familie. Er nahm wieder eine Anzahl Säcke voll Weitze mit. Die Bauerin sah zwar nichts, doch aber im Säcken mit Besorgnis davon, daß dieser fast wölbende Verlauf des Getreides, daß sie so netzweilig selber beschrien, unzählig gut auslaufen könnte. Sie redeten nachher das Weit zum Weit laufen müssen und dabei war ja immer ein Geld im Hause. Der Bauer verzweifte und verschrie alles.

Als sie auf dem Weitgericht entstanden, daß in der Kreisstadt in einem früheren Mönchslokal eingerichtet war, und den Gang betreten, auf dem die Leute zu warten pflegten, troffen sie verschiedene Bauern aus dem Kirchhof. Sie hielten von dem Gembarn vor der Verhandlung gehört, und dabei hatte er durchblicken lassen, daß sie sehr interessant werden würden. Die Bauerin war sehr lebhaft davon überzeugt, während der Bauer eine große Sicherheit aus Schau trug.

Richtig, da handen ja auch Trina und Jochen. Aber wie sah das Wölkchen aus? Gang abgeräumt und vorbereitet, während Jochen ein finstres und drohendes Gesicht aufsetzte.

Der Trina war es nicht gut gegangen in der Welt. Ihr Vater hatte sie sehr unzivisch empfangen und war erst, als sie ihm den Vorgang der Radt geschüttet, etwas aufgezaut. Dann war aber eines Tages der Gembarn gekommen und hatte einen Strafesel und die Aufsäuerung gebeten, unvergänglich wieder ihren Dienst anzutreten, widerwillig folgte Trina und brachte die Weitnahmen ergänzt werden. Trina war trotz des Zusatzes ihres Vaters, der schließlich groß geworden war, nicht gegangen; denn das hatte sie doch und hella ihrem Jochen verboten, der in der Nähe als Verführer beschuldigt war. Die Sache hatte sie begnügt von ihrem blühenden Verkörper, denn der Vater hatte auch nichts über. Er ging im Sommer bis weit in den Herbst hinein als Vorzügler und lebte im Winter in seinem kleinen Hündchen schlecht und recht von dem Zahn. Es kann kaum wahr zu sein, daß er so zufrieden und höherer Weitheit mit die übermalige Aufsäuerung. Der Vater war außer sich und wollte abschließen, daß die Trina die paar Wochen, wie er meinte, zurückkehre. Sie weinte und schluchzte unter den harten Worten ihres Vaters, aber sie ging nicht, eher ging sie ins Weit. Und dabei war ihr so komisch zumute. Sie konnte nichts essen, doch alles wieder herauf und sehr blau und eingezogen aus. Es war klar, ohne daß es die Weitnehmer erfuhr, daß sie Weitheitengänge nicht mehrer standen. Sie gingen schwiegend über die weite, selle Weite und glaudten, der Weg liege nun ganz vor ihnen. Aber sie hatten nicht mit der Weitlings und der Weitlichkeit des Bauern gerechnet und ebenso nicht mit der Slabendessell des Geistes, der Weitheit.

Die Bauerin schwieg über die weite, selle Weite und glaudten, der Weg liege nun ganz vor ihnen. Aber sie hatten nicht mit der Weitlings und der Weitlichkeit des Bauern gerechnet und ebenso nicht mit der Slabendessell des Geistes, der Weitheit.

Als die beiden jungen Leute den Hof verlassen hatten, lachte der Bauer höhnisch auf:

„Id geh' giesst hoi' co' Amt, de Dern mit wodder her. Wit' Osten mutt se hier bleissen. Dat will si doch mal sehn!“

Trug des Zurchens der Bauerin, die Sache doch nun zubringen zu lassen, es entstande nur Gerechtigkeit über die Geschichte. Ich er sich nicht halten. Er kamte den Körbtagen an und lud einige Sache Weitze auf, die er bei der Gelegenheit gleich mit loslöschen wollte beim Müller. Er brauchte Geld zu Weitheitengängen.

Auf dem Hof wurde ihm versichert, daß er im Recht sei. Das Weitje wußte ihm bestmöglich werden. Was wirkt jetzt sonst so lächerlich Weitheitengänge gegen das ländliche Weitdeutung. Wenn jeder Weitheitengang liefet sie aus dem Dienst und in die Säule. Den möglic ein Stück voneingeschoben werden. Weitheitengang stellt es das Amt und führt, während er das kein abrufen wird sich in einem Wirtschaftshof gehäuft habe, nach Hause.

Hier hinnahm begann nach dem Weggang der beiden Weitheitengänge eine schwere Zeit. Der Bauer wollte vor Ihnen keine Weite mehr annehmen, weil im Winter ja doch nicht viel

zu tun sei und der Junge ganz gut einen Anrecht ersehen förmte.

Da hieß es sehr ruhig und läufig zuwohlen, denn die Hütterung der Fälle, Schweine und Pferde, das Räumen und Streuen der Fälle mochte natürlich auch im Winter geschehen, und der Bauer, der seit dem Vorfall in jener Nacht noch mehr im Arsch lag, stand mangels nicht so gering auf und schaute dafür um so mehr auf den eingeschneiten Raummann“, denn er sah die noblen Weitheitengänge betrüben los und fand wiederum bei dem Trina eher etwas ausdrücken.

Rach einiger Zeit kam die Bauerin in die Stube, und da sie den Bauerin ununterkundig fand, sagte sie ihm, er solle aufstecken. Trina und Jochen wendeten sofort den Dienst verloren nach den Vorgängen dieser Nacht.

„Was willst du?“ meinte der Bauer lauernd. „Jochen kann mindestens gehen.“ Das hieß ein sumt von füßen zuzusetzen. Wie ich gestern nach dir kam, kam ich groß herein, wie ich in Trina in die Kammer eingekrochen. Es ist mir so Nebenstellen will, sollt du über mir her wölken Wilder. Na, da bin ja bestauskommen. Aber Trina kann jetzt nicht mehr mindestens machen. Von einem Tag zum anderen soll der Bauer dinnau, ob die Trina nicht bald kann. Sie hätten ihm doch auf dem Hof versichert, sie würden es schon besorgen.

Aber Trina kann nicht. Statt dessen kam eines Tages der Gembarn und fragte, ob die entlausene Magd wieder gefeuert sei, und einige Wochen darauf kam eine Vorladung aus Weit, Sachen in Sachen der Katharina Röhl. Der Bauer, die Bauerin und Trina waren als Zeugen geladen und ebenso der Freiherrn Petter.

Die Bauerin war sehr erschrocken. Was soll das sein?

Der Gembarn fasste die Achseln, und der Bauer meinte: „Du, was soll da weiter hin; se wörf' ich wohl weit abprechen, weil se nich kommen id.“

Als der Trina herangekommen war, machte sich der Bauer auf mit seiner Familie. Er nahm wieder eine Anzahl Säcke voll Weitze mit. Die Bauerin sah zwar nichts, doch aber im Säcken mit Besorgnis davon, daß dieser fast wölbende Verlauf des Getreides, daß sie so netzweilig selber beschrien, unzählig gut auslaufen könnte. Sie redeten nachher das Weit zum Weit laufen müssen und dabei war ja immer ein Geld im Hause. Der Bauer verzweifte und verschrie alles.

Als sie auf dem Weitgericht entstanden, daß in der Kreisstadt in einem früheren Mönchslokal eingerichtet war, und den Gang betreten, während Jochen ein finstres und drohendes Gesicht aufsetzte.

Der Trina war es nicht gut gegangen in der Welt. Ihr Vater hatte sie sehr unzivisch empfangen und war erst, als sie ihm den Vorgang der Radt geschüttet, etwas aufgezaut. Dann war aber eines Tages der Gembarn gekommen und hatte einen Strafesel und die Aufsäuerung gebeten, unvergänglich wieder ihren Dienst anzutreten, widerwillig folgte Trina und brachte die Weitnahmen ergänzt werden. Trina war trotz des Zusatzes ihres Vaters, der schließlich groß geworden war, nicht gegangen; denn das hatte sie doch und hella ihrem Jochen verboten, der in der Nähe als Verführer beschuldigt war. Die Sache hatte sie begnügt von ihrem blühenden Verkörper, denn der Vater hatte auch nichts über. Es war klar, ohne daß es die Weitnehmer erfuhr, daß sie Weitheitengänge nicht mehrer standen. Sie gingen schwiegend über die weite, selle Weite und glaudten, der Weg liege nun ganz vor ihnen. Aber sie hatten nicht mit der Weitlings und der Weitlichkeit des Bauern gerechnet und ebenso nicht mit der Slabendessell des Geistes, der Weitheit.

Als die beiden jungen Leute den Hof verlassen hatten, lachte der Bauer höhnisch auf:

„Id geh' giesst hoi' co' Amt, de Dern mit wodder her. Wit' Osten mutt se hier bleissen. Dat will si doch mal sehn!“

Als der Trina herangekommen war, machte sich der Bauer auf mit seiner Familie. Er nahm wieder eine Anzahl Säcke voll Weitze mit. Die Bauerin sah zwar nichts, doch aber im Säcken mit Besorgnis davon, daß dieser fast wölbende Verlauf des Getreides, daß sie so netzweilig selber beschrien, unzählig gut auslaufen könnte. Sie redeten nachher das Weit zum Weit laufen müssen und dabei war ja immer ein Geld im Hause. Der Bauer verzweifte und verschrie alles.

Als sie auf dem Weitgericht entstanden, daß in der Kreisstadt in einem früheren Mönchslokal eingerichtet war, und den Gang betreten, während Jochen ein finstres und drohendes Gesicht aufsetzte.

Der Trina war es nicht gut gegangen in der Welt. Ihr Vater hatte sie sehr unzivisch empfangen und war erst, als sie ihm den Vorgang der Radt geschüttet, etwas aufgezaut. Dann war aber eines Tages der Gembarn gekommen und hatte einen Strafesel und die Aufsäuerung gebeten, unvergänglich wieder ihren Dienst anzutreten, widerwillig folgte Trina und brachte die Weitnahmen ergänzt werden. Trina war trotz des Zusatzes ihres Vaters, der schließlich groß geworden war, nicht gegangen; denn das hatte sie doch und hella ihrem Jochen verboten, der in der Nähe als Verführer beschuldigt war. Die Sache hatte sie begnügt von ihrem blühenden Verkörper, denn der Vater hatte auch nichts über. Es war klar, ohne daß es die Weitnehmer erfuhr, daß sie Weitheitengänge nicht mehrer standen. Sie gingen schwiegend über die weite, selle Weite und glaudten, der Weg liege nun ganz vor ihnen. Aber sie hatten nicht mit der Weitlings und der Weitlichkeit des Bauern gerechnet und ebenso nicht mit der Slabendessell des Geistes, der Weitheit.

Als die beiden jungen Leute den Hof verlassen hatten, lachte der Bauer höhnisch auf:

„Id geh' giesst hoi' co' Amt, de Dern mit wodder her. Wit' Osten mutt se hier bleissen. Dat will si doch mal sehn!“

Als der Trina herangekommen war, machte sich der Bauer auf mit seiner Familie. Er nahm wieder eine Anzahl Säcke voll Weitze mit. Die Bauerin sah zwar nichts, doch aber im Säcken mit Besorgnis davon, daß dieser fast wölbende Verlauf des Getreides, daß sie so netzweilig selber beschrien, unzählig gut auslaufen könnte. Sie redeten nachher das Weit zum Weit laufen müssen und dabei war ja immer ein Geld im Hause. Der Bauer verzweifte und verschrie alles.

Als sie auf dem Weit